

Stenographisches Protokoll

30. Sitzung der XVII. Gesetzgebungsperiode des Burgenländischen Landtages
Donnerstag, 22. Oktober 1998

Tagesordnung

- 1.
2. Vereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Burgenland zur Erhaltung und Weiterentwicklung des Nationalparks Neusiedler See-Seewinkel
- 3.
- 4.
- 5.
- 6.
7. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Walter

Verhandlungen

Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses betreffend den Beschlußantrag (Beilage 491), mit dem der Vereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Burgenland zur Erhaltung und Weiterentwicklung des Nationalparks Neusiedler See-Seewinkel zugestimmt wird (Zahl 17 - 336) (Beilage 511)

Berichterstatter: Schmid (S. 1934)

Redner: Nicka (S. 1935), Loos (S. 1936) und Sipötz (S.1938)

Annahme des Beschlußantrages (S. 1939)

Inhalt

Landtag

treffend den Wirtschaftspark Heiligenkreuz/Szentgotthard und das Lyocell-Werk der Firma Lenzing AG in Heiligenkreuz (Zahl 17 - 348) (Beilage 510)

Berichterstätter: Dr. Rauter (S. 1952)

Annahme des Entschließungsantrages (S. 1968)

Gemeinsame Debatte:

Redner: Dr. Rauter (S. 1952 u. S. 1966), Thomas (S. 1956), Bieier (S. 1958), Mag. Münzenrieder (S. 1961) und Zach (S. 1964)

Bericht des Agrarausschusses und des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Walter Zechmeister und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 504) betreffend die Mineralölsteuererrückvergütung für landwirtschaftliche Fuhrwerke, die generelle Steuerbefreiung für Biotreibstoffe und die Möglich-

keit, Standmotoren mit "gefärbtem Diesel" (Heizöl) zu betreiben (Zahl 17 - 346) (Beilage 508)

Berichterstätter: Zechmeister (S. 1968)

Redner: Zechmeister (S. 1968), Fasching (S. 1970) und Hahn (S. 1971)

Ablehnung des Entschließungsantrages (S. 1971)

Erste Lesung des selbständigen Antrages der Landtagsabgeordneten Dr. Wolfgang Rauter und Kollegen auf Erlassung eines Landesgesetzes, mit dem die XVII. Gesetzgebungsperiode des Burgenländischen Landtages vorzeitig beendet wird (Zahl 17 - 354) (Beilage 517)

Zuweisung (S. 1971)

Landesregierung

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 1922)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 10 Minuten

Präsident **DDr. Schranz**: Ich eröffne die 30. Sitzung des Burgenländischen Landtages. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 29. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegt, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Ich ersuche nun die Frau Schriftführerin Andrea Gottweis um Verlesung des Einlaufes.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführerin **Andrea Gottweis**: Einlauf für die 30. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 22. Oktober 1998:

Von der Landesregierung ist der Beschlussantrag, mit dem die Rahmenvereinbarungen über die Zusammenarbeit der EUREGIO West/Nyugat PANNONIA - Burgenland, Győr-Moson-Sopron, Vas - zur Kenntnis genommen wird (Zahl 17 - 351) (Beilage 514) eingelangt.

Von Landtagsabgeordneten sind folgende selbständige Anträge eingelangt:

1. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Dr. Peter Rezar, Franz Glaser und Kollegen auf Erlassung eines Gesetzes über Transparenz bei der Stellenbesetzung im landesnahen Unternehmensbereich (Burgenländisches Stellenbesetzungsgesetz 1999) (Zahl 17 - 352) (Beilage 515);
2. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Franz Glaser, Dr. Peter Rezar und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend den Bericht des Arbeitsausschusses "Verkehrs- und Siedlungspolitik der Landtage Burgenland, Niederösterreich und Wien" (Zahl 17 - 353) (Beilage 516);
3. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Dr. Wolfgang Rauter und Kollegen auf Erlassung eines Landesgesetzes, mit dem die XVII. Gesetzgebungsperiode des Burgenländischen Landtages vorzeitig beendet wird (Zahl 17 - 354) (Beilage 517).

Ebenso ist ein Antrag der Landtagsabgeordneten Dr. Wolfgang Rauter und Kollegen gemäß Artikel 56 L-VG

iVm. ~ 71 GeOLT auf Fassung eines Beschlusses, mit dem Karl Stix als Landeshauptmann abberufen wird (Zahl 17 - 355), eingelangt.

Folgende schriftlichen Anfragen sind eingelangt:

1. Schriftliche Anfrage des Landtagsabgeordneten Tschürtz an Landesrätin Christa Prets betreffend die Kosten für die Herstellung und den Vertrieb der Publikation "Unser Dorf" (Zahl 17 - 347) (Beilage 505);
2. Schriftliche Anfrage des Landtagsabgeordneten Ing. Poglitsch an Landeshauptmann Stix betreffend die Firmen, die seit 1996 von der Burgenländischen Landesregierung mit Plakatierungsaktionen beauftragt wurden (Zahl 17 - 349) (Beilage 512);
3. Schriftliche Anfrage des Landtagsabgeordneten Ing. Poglitsch an Landesrat Rittsteuer betreffend den Verein "Südburgenländisches Bauernmobil" (Zahl 17 - 350) (Beilage 513).

Präsident: Die Regierungsvorlage Zahl 17 - 351, Beilage 514, weise ich dem Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu.

Den selbständigen Antrag Zahl 17 - 352, Beilage 515, weise ich dem Rechtsausschuss und

den selbständigen Antrag Zahl 17 - 353, Beilage 516, weise ich dem Wirtschaftsausschuss und dem Rechtsausschuss zu.

Zu der von Landtagsabgeordneten Dr. Wolfgang Rauter und Kollegen eingebrachten Eingabe vom 22. Oktober 1998 gemäß Artikel 56 L-VG iVm. ~ 71 GeOLT auf Fassung eines Beschlusses, mit dem Karl Stix als Landeshauptmann abberufen wird, Zahl 17 - 355, möchte ich feststellen, daß ein derartiger Antrag nur gültig von mindestens der Hälfte der Mitglieder des Landtages gestellt werden kann.

Nachdem die vorliegende Eingabe dieses Kriterium nicht erfüllt, liegt ein gültiger Antrag gemäß Artikel 56 L-VG nicht vor und ist somit für die parlamentarische Behandlung nicht geeignet.

Präsident

Die gemäß ~ 57 Abs. 5 GeOLT verlangte erste Lesung des selbständigen Antrages der Landtagsabgeordneten Dr. Wolfgang Rauter und Kollegen auf Erlassung eines Landesgesetzes, mit dem die XVII. Gesetzgebungsperiode des Burgenländischen Landtages vorzeitig beendet wird, Zahl 17 - 354, Beilage 517, wird nach der Erledigung der Tagesordnung durchgeführt.

Die Zuweisung werde ich nach erfolgter erster Lesung vornehmen.

Die schriftliche Anfrage Zahl 17 - 347, Beilage 505, habe ich der Frau Landesrätin Christa Prets,

die schriftliche Anfrage Zahl 17 - 349, Beilage 512, habe ich Herrn Landeshauptmann Stix, und

die schriftliche Anfrage Zahl 17 - 350, Beilage 513, habe ich Herrn Landesrat Rittsteuer zur Beantwortung übermittelt.

Ich gebe nun die Tagesordnung der heutigen Sitzung bekannt:

1. Fragestunde;
2. Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses betreffend den Beschlußantrag (Beilage 491), mit dem der Vereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Burgenland zur Erhaltung und Weiterentwicklung des Nationalparks Neusiedler See-Seewinkel zugestimmt wird (Zahl 17 - 336) (Beilage 511);
3. Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 482) über Bezüge öffentlicher Funktionäre in Ländern und Gemeinden (Zahl 17 - 327) (Beilage 507);
4. Bericht des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Dr. Wolfgang Rauter und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 503) betreffend die Verhinderung der Osterweiterung der Europäischen Union (Zahl 17 - 345) (Beilage 506);
5. Bericht des Rechtsausschusses und des Wirtschaftsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ing. Reinhard Poglitsch und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 502) betreffend das Lyocell-Werk in Heiligenkreuz im Lafnitztal (Zahl 17 - 344) (Beilage 509);
6. Bericht und Antrag des Rechtsausschusses und des Wirtschaftsausschusses auf Fassung einer Entschließung betreffend den Wirtschaftspark Heiligenkreuz/Szentgotthard und das Lyocell-Werk der Firma Lenzing AG in Heiligenkreuz (Zahl 17 - 348) (Beilage 510);
7. Bericht des Agrarausschusses und des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Walter Zechmeister und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 504) betreffend die Mineralöluerrückvergütung für landwirtschaftliche Fuhrwerke, die generelle Steuerbefreiung für Biotreibstoffe und die Möglichkeit, Standmotoren mit "gefärbtem Diesel" (Heizöl) zu betreiben (Zahl 17 - 346) (Beilage 508).

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben?
- Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Fragestunde

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und kommen somit zum 1. Punkt der Tagesordnung zur Fragestunde.

Ich beginne jetzt - es ist 10 Uhr 17 Minuten - mit dem Aufruf der Anfragen.

Die erste Anfrage ist von Herrn Abgeordneten Zechmeister an Herrn Landesrat Tauber gerichtet. Ich bitte Herrn Abgeordneten Zechmeister um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Zechmeister** (FPÖ): Herr Landesrat! Werden die Mittel, die zur Errichtung von Verkehrswegen im Bezirk Neusiedl zur Verfügung stehen, 1998 vollständig ausgeschöpft?

Präsident: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat **Tauber:** Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter Zechmeister! Ich ersuche Sie, den Begriff "Verkehrswege" etwas genauer zu definieren. Meinen Sie Güterwege? Meinen Sie Gemeindestraßen? Meinen Sie Wasserwege? (*Abg. Nicka: Verkehrswege. - Abg. Dr. Rau te r: Für Güterwege sind Sie ja nicht zuständig.*)

Präsident: Der Herr Landesrat ist jetzt am Wort.

Landesrat **Tauber** (*fortsetzend*): Oder meinen Sie Bundesstraßen, Landesstraßen oder ähnliche? Wenn Sie mich danach fragen, werde ich gerne umfassend antworten. (*Abg. Dr. Rauter: Sie werden ja wissen, wofür Sie zuständig sind.*)

Präsident: Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Zechmeister** (FPÖ): Herr Landesrat, nachdem eigentlich für die Güterwege ein anderes Regierungsglied zuständig ist, habe ich eigentlich die Frage als selbstverständlich aufgefaßt. Die Frage richtet sich auf die Bundes- beziehungsweise Landesstraßen.

Präsident: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat **Tauber:** Herr Abgeordneter, selbstverständlich werden noch sämtliche Mittel, die für 1998 vorgesehen sind, bis zum Ende der Bausaison ausgeschöpft, und zwar für:

L 202, Deutsch Jahrdorfer Straße, Ortsdurchfahrt Pama - eine Million Schilling; L 202 Deutsch Jahrdorfer Straße, Freiland - eine Million Schilling; L 203 Zurndorfer Straße, Ortsdurchfahrt Deutsch Jahrdorf - eine Million Schilling; L 205 Seestraße, Freiland - zwei Millionen Schilling; L 206 Andauer Straße, Ortsdurchfahrt Tadten -

Landesrat Tauber

zwei Millionen Schilling; L 207 Tadtener Straße, ebenfalls Ortsdurchfahrt Tadten - zwei Millionen Schilling; L 208 Kittseer Straße, Ortsdurchfahrt Kittsee - zwei Millionen Schilling; L 211 Halbturner Straße, Ortsdurchfahrt Halbturn - vier Millionen Schilling; L 303 Mönchhofer Straße, Freiland - zwei Millionen Schilling; L 304 Podersdorfer Straße, Ortsdurchfahrt Frauenkirchen - eine Million Schilling und L 309 Seezufahrt Neusiedl - zwei Millionen Schilling.

Das gleiche gilt natürlich auch für Beträge, die im Bundesbudget für Bundesstraßenbaumaßnahmen im Bezirk Neusiedl eingeplant sind. Ich darf hier auch in Erinnerung rufen: für die Umfahrung in Kittsee - insgesamt 71,3 Millionen Schilling - sind im heurigen Budget 15,2 Millionen Schilling; für den Grenzübergang Kittsee - insgesamt 94,1 Millionen Schilling - sind im heurigen Budget 42 Millionen Schilling und für die Ortsdurchfahrt Neusiedl - insgesamt 21,8 Millionen Schilling - sind heuer 12,2 Millionen Schilling vorgesehen. Außerdem gibt es für zusätzliche Kleinbaumaßnahmen wie zum Beispiel für eine Sanierung der Hanifalbrücke, zwei Millionen Schilling; für die Ortsdurchfahrt Mönchhof drei Millionen Schilling und für die Ortsdurchfahrt Bruckneudorf zwei Millionen Schilling, insgesamt also 76 Millionen Schilling an Bundesstraßenmittel für 1998. *(Abg. Dr. Rau te r: Hätten Sie gleich geantwortet, hätten Sie mehr Zeit gehabt.)*

Präsident: Herr Landesrat, Ihre Redezeit ist zu Ende. Gibt es eine weitere Zusatzfrage?

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Zechmeister** (FPÖ): Herr Landesrat, der Bürgermeister der Stadtgemeinde Neusiedl schreibt in seinem Amtsblatt, erstes Quartal 1998, ich darf wörtlich zitieren: "Dem seinerzeitigen Verlangen der Stadtgemeinde, die Kreuzung in der Gewerbezone mit einer Verkehrsampel zu versehen, wurde nun durch einen verkehrstechnischen Bescheid nachträglich recht gegeben. Die Anlage wird demnächst errichtet."

Herr Landesrat, nachdem ich annehme, daß Sie über die Errichtung von Ampelanlagen informiert sein sollten, die Frage: Wissen Sie etwas über die Errichtung einer Ampelanlage im besagten Bereich?

Präsident: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat **Tauber:** Sehr geschätzter Herr Abgeordneter. Alle Maßnahmen in der Stadt Neusiedl sind mit dem Bürgermeister koordiniert. Es kann durchaus im Zuge des Ausbaus der Ortsdurchfahrt von Neusiedl am See auch zu Änderungen kommen. Wenn dort der Wunsch für eine oder gegen eine Ampel besteht, wird man darüber zu diskutieren haben. *(Abg. Z e c h m e i s t e r: Meine Frage war, ob Sie es wissen.)* Ich sage noch einmal: Ich werde das natürlich mit dem Bürgermeister der Stadt Neusiedl am See noch durchbesprechen, es sind laufende Verhandlungen, das Baulos ist nicht abgeschlossen, und in ein nicht abgeschlossenes Baulos greife ich vorläufig nicht ein. Sollte es Komplikationen geben, werde ich gerne darüber berichten. *(Abg. Z e c h m e i s t e r: Das heißt, Sie wissen momentan nicht Bescheid?)*

Präsident: Gibt es weitere Zusatzfragen? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen damit zur zweiten Anfrage. Sie ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Zechmeister an Herrn Landesrat Rittsteuer gerichtet. Ich bitte Herrn Abgeordneten Zechmeister um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Zechmeister** (FPÖ): Herr Landesrat Rittsteuer! Die burgenländischen Obstbauern haben heuer durch Frostschäden Ausfälle in Millionenhöhe erlitten.

Welche konkreten Hilfsmaßnahmen sind geplant?

Präsident: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat **Rittsteuer:** Herr Abgeordneter, das genaue Ausmaß der Frostschäden bei den einzelnen Obstbauern wird sich erst nach Abschluß der Obsternte feststellen lassen. Die Erhebungen, die bisher von der Burgenländischen Landwirtschaftskammer durchgeführt wurden, zeigen, daß großflächige Frostschäden, die den gesamten Obstbau im Burgenland betreffen, nicht vorhanden sind. Es sind aber lokal zum Teil erhebliche Schäden aufgetreten. Von der Burgenländischen Landwirtschaftskammer - Obstbauabteilung - wurden 350 Obstbaubetriebe angeschrieben. Es gab 52 Meldungen über Frostschäden, wobei es aber je nach Blütezeit bei den einzelnen Obstarten unterschiedliche Schäden gab.

Wenn ich Ihnen ein paar statistische Zahlen nennen darf: Im Bezirk Neusiedl am See sind von 106 Hektar Äpfel fünf Hektar, im Bezirk Mattersburg von 80 Hektar 30 Hektar und in Oberpullendorf sind von 77 Hektar 30 Hektar betroffen. Bei einer Bewertung der Betriebe von der Gesamternte her berechnet ergibt sich, daß ein Großteil davon unter einem Ernteausfall von 65 Prozent liegt, sodaß eine analoge Anwendung der Richtlinien, wie wir sie bei der Weinbaufrostentschädigung hätten, bedeutet hätte, daß ein Großteil dieser Betriebe keine Entschädigung erhalten hätte, sodaß auf Bundesebene auch keine Frostschadenentschädigung für Obstbau beschlossen wurde.

Wir bemühen uns aber mit einer Reihe von Begleit- und Fördermaßnahmen, die Obstbauern zu unterstützen. So gibt es - zum Unterschied vom Weinbau, wo dies nicht gegeben ist - im Obstbaubereich für das Auspflanzen von frostgeschädigten Kulturen einen 15prozentigen Förderzuschuß, das sind zirka 30.000 Schilling pro Hektar. Er liegt also über der Entschädigung im Weinbau. Für die Umstellung auf marktgerechte Sorten bei Äpfel, Pfirsich, Birnen und Zwetschken gibt es eine Förderung von 50.000 bis 60.000 Schilling pro Hektar.

Gleichzeitig haben wir auch die Förderung für den Ankauf von Hagelnetzen aufgestockt, sodaß wir mit einer Verbilligung der Betriebsmittel trachten, ebenfalls Hilfestellung zu gewähren. Ich meine, daß wir zwar offiziell keine Frostschadenentschädigung bezahlen, weil durch die analoge Anwendung der Weinbaurichtlinien die mei-

Landesrat Rittsteuer

sten nicht in den Genuß einer Beihilfe gekommen wären, aber mit diesen Fördermaßnahmen doch effizienter helfen können.

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Zechmeister** (FPÖ): Herr Landesrat, Sie haben jetzt schön umschrieben, was für die Zukunft mehr oder weniger geplant ist. Meines Wissens hat vor einigen Wochen ein Gespräch zwischen Agrarvertretern des Landes und des Ministeriums stattgefunden. Ich frage Sie: Haben die Bauern für die heuer entstandenen Schäden noch Geld zu erwarten?

Präsident: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat **Rittsteuer:** Ich habe gerade die Vorgangsweise begründet. Es geht nicht um zukünftige Maßnahmen, sondern diese stehen auch schon heuer und im nächsten Jahr zur Verfügung. Wenn ein Obstbauer Auspflanzungen vornimmt, wenn eine Kultur geschädigt war, kann er, je nachdem, welche Sorte er wählt, 15 bis 25 Prozent Beihilfe erhalten. Ich habe auch betont, daß analog der Weinbaufrostschädigung der Großteil der Betriebe keine Entschädigung bekommen hat. Er hätte, wenn eine Obstart, zum Beispiel der Apfel, zu hundert Prozent betroffen wäre und er mehrere Obstsorten hat und somit die Schädigung der Gesamternte unter 25 Prozent liegt, keine Entschädigung erhalten. Daher, glaube ich, ist das ein attraktiveres Fördermodell.

Weiters bemühen wir uns, auch auf Bundesebene - das Land ist dazu bereit -, daß wir für den Obstbau auch eine Frostschadensversicherung, wie wir sie im vergangenen Jahr für den Weinbau eingeführt haben, durchbringen. Ich habe im vergangenen Jahr durch Umschichtungen im Agrarbudget die Landesmittel für die Hagelversicherung von zehn auf 23 Millionen Schilling aufgestockt, damit wir einen 50prozentigen Förderzuschuß zur Frost- und Hagelversicherungsprämie geben können.

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage liegt nicht vor, wir kommen somit zur nächsten Anfrage. Sie ist vom Herrn Abgeordneten Mag. Gradwohl an Herrn Landeshauptmann Stix gerichtet. Ich bitte Herrn Abgeordneten Mag. Gradwohl um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Mag. Gradwohl** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! In Ihrer Regierungserklärung sind Sie für einen "... energiepolitischen Leitplan, der innerhalb eines klaren Zeitplanes zu erstellen sein wird", eingetreten.

Wann liegt dieser Energieleitplan vor?

Präsident: Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Stix: Herr Abgeordneter, wie Sie zu Recht sagen, haben wir uns in der Regierungserklärung vorgenommen, einen Energieleitplan zu erstellen.

Die Regierung hat Anfang 1997 die Landesräte Tauber, Kaplan, Rittsteuer und mich beauftragt, die Vorarbeiten für den Energieleitplan einzuleiten. Wir haben dann eine Expertengruppe unter Koordination der burgenländischen Energieagentur beauftragt - dieser gehören Dipl.Ling. Bieber, Ing. Schweifer, Ing. Horvath, Dipl.Ling. Koch, Dipl.Ling. Grosina, Ing. Heiß, Ing. Lukitsch und Dr. Prath an -, die in sektoralen Arbeitsgruppen arbeiten. Ich gehe davon aus, daß bis Ende des heurigen Jahres - ein Zwischenbericht liegt bereits vor - ein Endbericht zur politischen Erörterung vorgelegt wird.

Präsident: Eine Zusatzfrage Herr Abgeordneter? - Bitte.

Abgeordneter **Mag. Gradwohl** (ÖVP): Herr Landeshauptmann, das Ziel eines derartigen Energieleitplanes soll eine Energieeinsparung, aber vor allem auch die verstärkte Nutzung von erneuerbaren und alternativen Energieformen, sein.

Wird das dann auch tatsächlich in diesem Energieleitplan, dessen Ziele ja bereits seit Monaten diskutiert werden, der Fall sein?

Präsident: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Stix: Herr Abgeordneter, ich gehe davon aus, daß das der Fall ist. Ich verhehle aber nicht, daß es in den Arbeitsgruppen natürlich äußerst unterschiedliche Positionen und Zielkonflikte gibt, die letztlich - davon gehe ich aus - der politischen Ebene zu einer Konsensentscheidung vorgelegt werden. Absicht ist es, diese Zielkonflikte so zu bereinigen, damit es dann im Leitplan diese Schwerpunkte gibt.

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Mag. Gradwohl** (ÖVP): Herr Landeshauptmann, im Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP, aber dann auch in der Regierungserklärung, wurde vereinbart und von Ihnen dann auch dargestellt, daß es im Zuge der Diskussion dieses Energieleitplanes, aber auch darüber hinaus, zu einer Zusammenarbeit beziehungsweise Verschränkung "... der großen Energieversorgungsunternehmen des Burgenlandes - BEWAG und BEGAS -, aber auch mit möglichen künftigen anderen alternativen Energieanbietern kommen soll."

Ist das auch nach wie vor das politische Ziel der Burgenländischen Landesregierung?

Präsident: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Stix: Ich möchte jetzt nicht auf die Besonderheiten der Gesellschaften BEWAG und BEGAS eingehen, denn es gab ja, was die Eigentumsfrage in der BEGAS betrifft, eine nicht unwesentliche Änderung. Ich denke, daß diese Zusammenarbeit, die ja in verschiedenen Formen stattfindet - wenn ich an Güssing oder an den Windpark Zurndorf denke, wo wir einen wichtigen Energieträger dabei haben - gut funktioniert. Meiner Mei-

nung nach geht es darum, eine Zieldefinition vorzunehmen, die dazu beiträgt, alle energiepolitisch relevanten Fragen nach diesem Muster abzuwickeln. Ich sage aber dazu, daß wir mit Februar eine völlig neue Situation haben werden, die wir nicht außer acht lassen dürfen. Denn mit dem Inkrafttreten der Stromliberalisierungsrichtlinie, mit all den Konsequenzen, mit dem in Diskussion stehenden Gesetz, werden wir neue Rahmenbedingungen vorfinden. Wir werden Bedacht darauf nehmen, daß dieser Energieleitplan auch zu diesen neuen Rahmenbedingungen, die jetzt im Stromsektor und sehr bald auch im Gassektor kommen werden, paßt.

Präsident: Eine Zusatzfrage Herr Abgeordneter Glaser? - Bitte.

Abgeordneter **Glaser** (ÖVP): Herr Landeshauptmann, ein Problem im Energiebereich ist ja unter anderem, daß die heimischen Energiequellen relativ wenig genutzt werden beziehungsweise - man kann es auch so sagen - zur Zeit mit importierten Energiequellen nicht konkurrenzfähig sind. Ich gehe davon aus, daß der Energieleitplan sehr wohl darauf Rücksicht nimmt, diese heimischen Energiequellen - ob das jetzt Biomasse oder Biodiesel ist - zu fördern.

Bekennen Sie sich dazu, daß diese heimischen Energiequellen Priorität in diesem Energieleitplan haben sollen?

Präsident: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann **Stix:** Herr Klubobmann, wer sich die Umsetzung des Ziel 1-Programmplanungsdokumentes, den dritten oder vierten Umsetzungsbericht, der vor wenigen Wochen im Landtag beraten wurde, ansieht, kann erkennen, wie gewaltig der Förderschwerpunkt Energie aus Biomasse ist.

Das Projekt "Forschungszentrum Güssing" setzt im Bereich der erneuerbaren Energie all die Schritte, die von Ihnen gewünscht werden. Wir dürfen nur dabei die Marktliberalisierungsrichtlinien nicht außer acht lassen. Wir wollen, daß die heimische Energiegewinnung im Interesse der Landschaftserhaltung gefördert wird, aber eingebettet in die Liberalisierungsgrundlagen, die unser Rechtssystem darstellen. In dieser Bandbreite müßte meiner Meinung nach ein gangbarer Weg gefunden werden.

Präsident: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Ing. Poglitsch.

Abgeordneter **Ing. Poglitsch** (FPÖ): Herr Landeshauptmann! Aus einem Regierungsakt der letzten Regierungssitzung konnte ich entnehmen, daß es sich nicht ausschließlich darum handelt, daß wir ein burgenländisches Energiekonzept entwickeln sollen, sondern offensichtlich wiederum ein grenzüberschreitendes, gemeinsames Energiekonzept entwickeln wollen, wo ein Know-how-Austausch stattfinden soll.

Meine konkrete Frage an Sie: Wäre es nicht sinnvoller gewesen, zuerst einmal ein wirklich burgenländisches

Energiekonzept zu erarbeiten und erst dann über die Grenzen zu schauen?

Präsident: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann **Stix:** Herr Abgeordneter Poglitsch! Wenn es uns nicht gelingt - ich setze voraus, es gelingt uns -, diesen Kompetenzknoten für erneuerbare Energien, diese Forschungsschwerpunkte in Güssing zu setzen, dann hat ja das nur dann einen Sinn, wenn wir das dort gewonnene Know-how verkaufen. Das ist unser Schwerpunktziel und das zielt darauf ab, daß wir Know-how erwerben, daß wir neue Technologien entwickeln und in jene Nachbarstaaten, die einen gewaltigen Nachholbedarf haben, das sind die Reformstaaten oder ehemalige kommunistische Staaten, verkaufen. Ich glaube, daß es in höchstem Maße im landespolitischen Interesse gelegen ist, erworbenes Know-how auch gewinnbringend nutzbar zu machen und auch über die Grenze zu verkaufen.

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage liegt nicht vor. Wir kommen somit zur vierten Anfrage, sie ist vom Herrn Abgeordneten Dr. Rauter an Herrn Landeshauptmann Stix gerichtet. Ich bitte Herr Abgeordneten Dr. Rauter um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Dr. Rauter** (FPÖ): Herr Landeshauptmann! Der Rechnungshofbericht über die Firma Lenzing führt aus, daß das Lyocellwerk in Heiligenkreuz neben einer Beteiligung des Landes in der Höhe von 300 Millionen Schilling auch Förderungen in der Höhe von 486 Millionen Schilling vom Land Burgenland erhalten hat.

Wie gliedern sich diese 486 Millionen exakt auf?

Präsident: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann **Stix:** Herr Abgeordneter! Um vieles zu ersparen, habe ich ersucht, dem Hohen Landtag eine große Dokumentation darzulegen.

Zu Ihrer konkreten Frage muß ich anmerken, daß der Rechnungshof die Firma Lenzing geprüft hat und diese offensichtlich eingeladen war, zum Rohbericht Stellung zu nehmen. Das Land Burgenland, weil nicht geprüft, wurde vom Rechnungshof nicht eingeladen, zum Rohbericht Stellung zu nehmen. Daher entzieht sich das meiner Kenntnis, wie der Rechnungshof zu diesen Dingen kommt.

Nachdem ich mich aber, so wie Sie, beim zuständigen Sektionschef erkundigt habe und später als Sie eine Auskunft bekommen habe, möchte ich sagen, um es auf das Wesentliche zu bringen, daß der Rechnungshof der Republik Österreich davon ausgeht, daß die Beteiligung der WiBAG in der Höhe von 300 Millionen Schilling am Werk Lyocell als keine Beteiligung, sondern als Zuschuß oder als Darlehen anzusehen ist. Denn er stellt dafür einen über 200 Millionen Schilling Barwert dar, den wir bestreiten, den wir auch in Brüssel anders dargestellt haben

Landeshauptmann Stix

und der jetzt, nach Vorliegen dieses Rechnungshofberichtes, von Brüssel neuerdings geprüft wird. Ich habe hier einen Brief vom Herrn Direktor Bitterson von der GD 4, Wettbewerb, vom 5. Oktober 1995. Damals wurde die 300 Millionen Schilling-Beteiligung der WiBAG an der Firma Lenzing Lyocell in Heiligenkreuz als den Wettbewerbsbestimmungen entsprechend dargestellt.

Es wird nun unsere Aufgabe in Brüssel sein, diese Darstellung des Rechnungshofes - und die wesentlichste Abweichung ist die Beteiligung, die vom Rechnungshof als Förderung und von uns als Beteiligung dargestellt wird, denn das ist ein wesentlicher Punkt der Überprüfung, die Brüssel noch einmal vornimmt - aufzuklären. Ich bin der Meinung, daß es uns gelingen wird, so wie im Jahr 1995, auch diesmal überzeugend darzustellen, daß die 300 Millionen Schilling kein Darlehen sind, sondern eigenkapitalfähig auch in der Bilanz von Lenzing stehen.

Präsident: Eine Zusatzfrage Herr Abgeordneter? - Bitte.

Abgeordneter **Dr. Rauter** (FPÖ): Herr Landeshauptmann, Sie informieren bedauerlicherweise häufig unexakt. Der Rechnungshof sagt: "Nicht die Beteiligung von 300 Millionen Schilling sind eine Förderung oder ein Darlehen, sondern der Zinsvorteil aus der Beteiligung ist als Förderung anzusehen."

Herr Landeshauptmann! Sie sind wiederholt von den Freiheitlichen, erstmals am 17. Mai 1995 und dann jedes weitere Jahr gefragt worden, wieviel die Gesamthöhe der Förderungen für Lenzing ausmacht. Letztmalig im Juni 1998 vom Abgeordneten Poglitsch! Sie haben immer darauf verwiesen, daß die Gesamtförderung 400 Millionen Land, Bund, EU plus fünf Millionen Schilling Ankauf eines Grundstückes ausmacht. Mir liegt ein Regierungsakt aus dem Jahr 1996 vor, wo die Förderung von Ihnen mit 530.300.000 Schilling angegeben wird.

Warum, Herr Landeshauptmann, haben Sie wiederholt den Landtag unwahr informiert?

Präsident: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Stix: Herr Abgeordneter, (*Abg. Dr. Rau te r: Wenn Sie den Förderungsakt wollen, dann gebe ich Ihnen diesen.*) der Reihe nach. Der Abgeordnete Poglitsch hat mich gefragt, wie viele Landesmittel ausbezahlt wurden. (*Abg. Dr. Rauter: Das ist ja nicht wahr!*) Das ist wahr! Herr Abgeordneter, das ist wahr! (*Abg. Dr. Rau te r: Wie stellt sich die Förderung im einzelnen dar?*) Sie brauchen nur nachsehen (*Abg. Dr. Rau te r: Das offizielle Protokoll.*) und werden draufkommen, daß der Abgeordnete Poglitsch mich gefragt hat, wie viele Mittel vom Land Burgenland ausbezahlt wurden! Ich habe diese Anfrage jetzt nicht da, es ist aber im Protokoll nachzulesen, daß es um die Frage ging: Wie viele Mittel wurden vom Land ausbezahlt? Diese Frage habe ich mit etwa 71 Millionen Schilling, glaube ich, beantwortet.

Zu Ihrer zweiten Frage. Sie haben mich immer gefragt, welche Förderungen der Firma Lenzing zugesagt wurden. Sie können das in den Aufstellungen detailliert nachlesen. Sie dürfen aber nicht den Fehler, den offensichtlich der Rechnungshof darüber hinaus gemacht hat - er hat den Förderungen des Landes auch den Bundesanteil zugerechnet - machen. Der Rechnungshof hat offensichtlich den Förderbetrag des Landes und die EFRE-Mittel zusammengerechnet. Das heißt, das Land Burgenland hat sowohl die eigenen Mittel als auch die EFRE-, sprich EU-Mittel, ausbezahlt, weil wir den gleichen Anteil an EU-Mitteln auszahlen, der unserer Förderung entspricht. Daher muß man auseinanderhalten, was letztlich Landesmittel sind, denn die EFRE-Mittel, die im außerordentlichen Voranschlag immer dargestellt werden, sind EU-Mittel, die wir treuhänderisch verwalten, und keine Landesmittel. Wenn Sie das tun, werden Sie zu meinem Ergebnis kommen.

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage Herr Abgeordneter? - Bitte.

Abgeordneter **Dr. Rauter** (FPÖ): Herr Landeshauptmann, Sie sind sehr schlecht informiert. Meine Anfrage aus dem Jahr 1995 hat gelautet: "Wie stellt sich die geplante Förderung im einzelnen finanziell dar?" Poglitsch hat gefragt: "Wie sehen die Förderungen aus?" Sie haben auf die Fragestunde vom 17. Mai 1995 und auf die Fragestunde vom 29. Feber 1996 verwiesen. Das heißt, Sie haben eindeutig unrichtige Angaben gemacht.

Ich frage Sie aber etwas anderes, Herr Landeshauptmann. Sie wissen, daß die Lenzing AG ein internationaler Konzern ist und daß die Tochtergesellschaft der Lenzing Ges.m.b.H., die Lenzing Lyocell Ges.m.b.H. & Co KG, eine Kommanditgesellschaft ist, wo es als persönlich haftenden Gesellschafter niemand Finanzkräftigen gibt. Das heißt, hinter der Kommanditgesellschaft steht die Lenzing AG nur mit einer beschränkten Haftungssumme. Sie haben uns erklärt, daß es eine Bestandsgarantie gibt.

Ich frage Sie, und das ist eine wichtige Frage, und da bitte ich Sie exakt zu antworten: Hat die Bestandsgarantie die finanzkräftige AG abgegeben oder die finanzmarode Lyocell Ges.m.b.H. & Co KG?

Präsident: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Stix: Herr Abgeordneter! Ich habe Ihnen dargestellt, daß Lenzing 945 Millionen Schilling investiert hat. Das ist eine Anlage, die von der Lenzing Lyocell Ges.m.b.H. - wie Sie sagen - zu Recht errichtet wurde, die aber mit nachhaltigem Eigenkapitalzuschuß der "Mutter" Lenzing finanziert wurde, weil sie sonst diesen Beitrag nicht aufbringen hätte können. Wenn Sie sich den Auszug aus dem Ihnen zugegangenen Fördervertrag und die Präambel ansehen, dann werden Sie sehen, daß die Lenzing AG, die Muttergesellschaft der LLG - um es vereinfacht darzustellen - dieses Werk errichtet. (*Abg. Dr. Rau te r: Sie sind doch der Finanzexperte, Herr Landeshauptmann.*) Daher ist klar und unbestritten, daß die "Mutter", die dort mittlerweile fast eine Milliarde Schilling Kapital investiert hat, (*Abg. Dr. Rau te r: Kredite inve-*

stiert hat.) die Hauptverantwortung dafür trägt, auch im wirtschaftlichen Risiko steht, (Abg. Dr. Rau ter: Dann haftet sie.) und natürlich auch für das eingesetzte Kapital haftet. Das ist doch völlig klar. Wenn Sie es korrekt sagen, dann muß man den 200 Millionen Schilling ERP-Kredit abziehen. Für diesen 200 Millionen Schilling ERP-Kredit haftet das Land Burgenland. Für den weiteren ERP-Kredit in der Höhe von 300 Millionen Schilling haftet nicht das Land Burgenland, sondern die Lenzing AG, die das Risiko und die Haftung für diesen Kredit ... (Abg. Dr. Rau te r: Sagen Sie, von wem ist die Bestandgarantie? Von wem wurde die Bestandgarantie abgegeben?) Von der Firma LLG mit der "Mutter" Lenzing AG im Hintergrund. (Abg. Ing. Po g li t s ch: Mit beschränkter Haftung - mit dem Stammkapital.)

Präsident: Gibt es weitere Zusatzfragen? - Das ist nicht der Fall. Wir kommen somit zur fünften Anfrage. Sie ist von der Frau Abgeordneten Andrea Gottweis an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Jellasitz gerichtet.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete **Andrea Gottweis** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Sie haben in den letzten Monaten verschiedene Aktivitäten zur Jugendbeschäftigung gesetzt.

Welche Reaktionen von der Wirtschaft und der Jugend sind darauf erfolgt?

Präsident: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Jellasitz:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete, durchwegs positive. Ich möchte aber zum Problem "Jugendbeschäftigung" folgendes sagen: Wir haben derzeit in der Europäischen Union 19,7 Prozent jugendliche Arbeitslose, in manchen EU-Ländern sogar bis zu 30 und 32 Prozent, in Österreich 6,4 Prozent. Damit es bei uns nicht auch zu dieser dramatischen Entwicklung kommt, müssen wir wichtige Sofortmaßnahmen setzen. Unter anderem habe ich in den letzten Monaten zwei Aktionen durchgeführt.

Erstens eine Informationskampagne für Jugendliche, die sich selbständig machen wollen, weil ich glaube, daß wir sehr viele Chancen derzeit vorfinden. Wir haben eine gut gebildete Jugend. Wir haben eine risikobereite, eine leistungsbereite Jugend. Daher müssen wir alle Rahmenbedingungen vorgeben, die eine positive Entwicklung, auch beim Selbständigwerden, für die jungen Menschen ermöglicht.

Und zweitens habe ich derzeit einen Jugendbeschäftigungspreis ausgeschrieben. Ich möchte damit die burgenländischen Unternehmen einladen und auch motivieren, alles zu tun, um jungen Menschen eine Chance zu geben, sich im Arbeitsmarkt zu bestätigen und auch zu bewähren.

Erstens haben wir über das WIFI eine weiterführende Seminarreihe gemacht. Über 50 junge Burgenländer ha-

ben sich dort angemeldet und versuchen derzeit, sich selbständig zu machen. Zum zweiten sind derzeit 17 Jugendliche konkret bei Berufs- und Betriebsberatern, um dieses Abenteuer "selbständig werden" und "Unternehmer werden", zu wagen. Also insgesamt, glaube ich, durchwegs positive Aktionen, die natürlich jetzt über den nationalen Beschäftigungsplan - dort sind ja auch weitere Maßnahmen angedacht und auch vorgesehen - verstärkt werden müssen. Ich glaube, wir sollten alles tun, damit wir möglichst viele junge Menschen in Beschäftigung bringen.

Präsident: Eine Zusatzfrage Frau Abgeordnete? - Bitte.

Abgeordnete **Andrea Gottweis** (ÖVP): Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Im Rahmen des nationalen Beschäftigungsplanes sind auch Maßnahmen geplant, die für junge Menschen in Form von Lehrlingsstiftungen und -lehrgängen Ausbildungsplätze schaffen sollen. Die Kosten für einen Ausbildungsplatz sind mit etwa 13.000 Schilling pro Teilnehmer und Monat sehr hoch. Ich meine, daß diese Form der Ausbildung nicht nur sehr teuer, sondern für den Weiterbestand des dualen Ausbildungssystems kontraproduktiv ist.

Meine Frage: Glauben Sie, daß diese Maßnahmen effizient genug sind, um das Jugendbeschäftigungsproblem zu lösen und in den Griff zu bekommen?

Präsident: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Jellasitz:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Es zeigt sich derzeit europaweit, daß eigentlich niemand ein Patentrezept hat, sondern daß wahrscheinlich sehr viele Maßnahmen gleichzeitig gesetzt werden müssen, damit man die Jugendarbeitslosigkeit eindämmt.

Zu den konkreten Anmerkungen, die Sie gemacht haben: Ich kann jetzt nicht beurteilen, ob diese Einzelmaßnahme, die zweifelsohne sehr hoch ist, tatsächlich auch greift und im Sinne des nationalen Beschäftigungsplanes auch das Ziel erreicht. Aber, wenn man sich andere Länder ansieht, wie die mit der Jugendarbeitslosigkeit umgehen, dann könnten wir uns dort ein Beispiel nehmen. Wenn man zum Beispiel Dänemark hernimmt: Dort gibt es eine Verpflichtung, daß junge Menschen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, automatisch eine Beschäftigung erhalten müssen. Das ist jetzt zu kompliziert und zu langatmig, wenn ich das ausführe, aber es scheint mir eine konkrete Zielvorgabe zu sein, damit man junge Menschen in Beschäftigung bringt. Denn es ist auch sozialpolitischer Sprengstoff, tausenden jungen Menschen nicht nur keine Arbeit zu geben, sondern damit auch keinen Sinn im Leben vermitteln zu können.

Und zum zweiten: In Luxemburg zum Beispiel gibt es ein sogenanntes "Sozialjahr". Damit garantiert der Staat Luxemburg jedem Jugendlichen, wenn er die Schule verläßt, eine Beschäftigung. Es wäre auch interessant, das im Detail zu diskutieren.

Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Jellasitz

Für das Burgenland halte ich es für notwendig, daß wir nicht nur alle Maßnahmen aus dem nationalen Beschäftigungsplan heraus verstärken und auch in Umsetzung bringen, sondern daß wir zusätzlich eine Jugendbeschäftigungsstiftung mit einer entsprechenden Schaffung eines Jugendbeschäftigungsfonds - ich schlage seit Jahren schon die Jubiläumsgabe vor, die ja noch immer im Landesbudget zur Verfügung steht - einsetzen, um die Jugendarbeitslosigkeit im Burgenland zu senken.

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage Frau Abgeordnete? - Bitte.

Abgeordnete **Andrea Gottweis** (ÖVP): Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Sie sind also der Meinung, daß die Maßnahmen des nationalen Beschäftigungsplanes durch zusätzliche Maßnahmen des Landes ergänzt werden sollen.

Eine Zusatzfrage noch: Ist auch heuer wieder geplant, daß das Land Burgenland Lehrlinge aufnimmt?

Präsident: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Jellasitz:** Es hat bisher bereits von der Landesregierung verschiedene Maßnahmen gegeben. Unter anderem gehörte auch dazu, daß das Land selbst - dort, wo es Möglichkeiten gibt - Lehrlinge beschäftigt. Ich denke, daß die bisherigen Maßnahmen dazu geführt haben, daß im Burgenland die Situation am Lehrlingssektor nicht so dramatisch ist, wie in anderen Bundesländern oder österreichweit. Aber es ist natürlich zu wenig. Jeder Lehrling, der keinen Arbeitsplatz, keine Lehrstelle findet, ist natürlich zu viel. Wir müssen alles daransetzen, damit wir alle Jugendlichen in eine sinnvolle Beschäftigung bringen, damit wir ihnen auch die Chance geben, sich in der Berufserfahrung zu bewähren, damit sie vor allen Dingen nicht den Glauben an unsere demokratische und soziale Marktordnung verlieren.

Denn, ich sage noch einmal, das ist nicht nur ein politisches Anliegen, das muß ein persönliches Anliegen jedes einzelnen von uns sein. Egal, wo wir stehen - ob als Unternehmer, in der Politik, in der Familie. Ich denke, wir haben eine gute Jugend. Wenn man sich europaweit ansieht, welche Unruhen es in vielen Ländern gibt, daß vieles in Bewegung geraten ist, kann man feststellen, daß bei uns nicht nur geordnete Zustände herrschen, sondern daß bei uns eine gut gebildete, gut motivierte Jugend auch bereit ist, sich in die Gesellschaft und in die Wirtschaft einzubringen. Das gilt es zu unterstützen, und daher möchte ich auch alles tun, damit die Regierung, damit das Land - ich bitte auch den Gesetzgeber -, alle Maßnahmen setzt, damit es zu keiner Erhöhung der Jugendarbeitslosigkeit in unserem Land kommt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Ing. Poglitsch.

Abgeordneter **Ing. Poglitsch** (FPÖ): Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, in dieser Frage muß ich Ihnen einfach Schönfärberei unterstellen, denn Sie haben sich offensichtlich nicht die aktuellen Arbeitsmarktdaten angesehen. Das Verhältnis Lehrstellensuchende zu offenen Lehrstellen war im August zwei zu eins und im September 2,7 zu eins. Die Jugendarbeitslosigkeit bei 15 und 20jährigen belief sich im September auf 21 Prozent im Burgenland, der Österreichschnitt liegt bei 15 Prozent. Ihr großer Bruder auf Bundesebene, Kanzler Klima, hat uns versprochen, daß es auf Grund des nationalen Beschäftigungsplanes im Herbst 1997 keinen arbeitslosen Jugendlichen mehr geben wird. Dr. Sauerzopf, Ihr Vorgänger, hat uns versprochen, daß es einen Jugendbeschäftigungsplan geben wird, der endlich im Burgenland auch greifen wird. Sie haben diese Idee aufgenommen und haben gesagt, Sie werden den Jugendbeschäftigungsplan vorlegen.

Meine konkrete Frage: Wann werden Sie endlich den Jugendbeschäftigungsplan vorlegen, damit es wirklich zu einer Reduktion der Jugendarbeitslosigkeit im Burgenland kommt?

Präsident: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Jellasitz:** Herr Abgeordneter, der Reihe nach. Zunächst einmal überlassen Sie die Verwandtschaftsverhältnisse mir, ich kenne mich da ein bißchen besser aus. *(Abg. Ing. Poglitsch: Ihr großer Bruder heißt Stix. Mit dem müssen Sie leben.)* Ich kenne meinen großen Bruder, er heißt nicht Klima.

Zum zweiten, zur Statistik. Churchill hat einmal gemeint: "Ich glaube grundsätzlich nur jene Statistiken, die ich selbst gefälscht habe." Bei Ihnen trifft das sehr oft zu. Sie agieren sehr viel mit Unterstellungen. *(Abg. Ing. Poglitsch: Ich werde ihn dem Arbeitsmarktservice vorlegen.)*

Herr Abgeordneter, zum Jugendbeschäftigungsplan. Ich gebe Ihnen recht, daß Sie das einfordern, *(Abg. Ing. Poglitsch: Sie haben es uns versprochen.)* das ist überhaupt keine Frage. Lassen Sie mich auch sagen, daß ich den Jugendbeschäftigungsplan nicht nur vorgelegt, sondern ganz konkrete Maßnahmen angeführt habe. *(Abg. Ing. Poglitsch: Die nicht greifen.)* Einige davon, *(Abg. Ing. Poglitsch: Das sagen die Zahlen.)* das ist wieder eine andere Frage, ob Sie jetzt greifen... *(Abg. Ing. Poglitsch: Die nicht greifen.)* Herr Abgeordneter, Sie greifen auch manchmal bei Ihren Behauptungen daneben. Lassen Sie sich auch sagen, vieles... *(Abg. Ing. Poglitsch: Das ist Schönfärberei. - Zwiegespräche in den Bänken)* Das ist Ihre Meinung, meine Meinung ist, vieles... *(Abg. Dkfm. Helga Brau n rat h: Hören Sie doch endlich einmal zu.)*

Präsident: Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter ist am Wort.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Jellasitz** *(fortsetzend):* Ich gebe Ihnen schon recht, Herr Abgeordneter, daß sie zu wenig greifen. Ich habe auch gesagt, es

Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Jellasitz

gibt kein Patentrezept und ich kann auch nicht garantieren, daß diese Maßnahmen, die wir von der Regierung setzen, tatsächlich auch eins zu eins umgesetzt werden. Ich glaube, daß die Politik schon viel macht, wenn sie positive Rahmenbedingungen für die Wirtschaft setzt - ob jetzt die Steuerpolitik, die Wirtschaftspolitik oder die Gesetzgebung damit gemeint ist, da sind wir verschiedener Meinung.

Sie glauben, diese Maßnahmen greifen zu wenig, das ist Ihr gutes Recht als Opposition. Wir sagen, wir tun, was wir können! Ich glaube, daß meine Maßnahmen zur Jugendbeschäftigung im Burgenland sicherlich jetzt nicht zu dem von Ihnen gewünschten Erfolg führen. Aber ich habe von Ihnen noch keine einzige Maßnahme, keinen einzigen Vorschlag gehört. (Abg. Ing. Po gl i t s c h: Das tut sie nicht.)

Zum zweiten, es ist nicht verboten... (Unruhe in den Bänken)

Präsident: Ich ersuche um mehr Aufmerksamkeit in den Abgeordnetenbänken. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Jellasitz** (fortsetzend): Das ist unfair, Herr Präsident. Ich wurde ständig unterbrochen. Lassen Sie mich den Satz zu Ende führen.

Präsident: Ich bitte Sie, den Satz zu Ende zu führen.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Jellasitz** (fortsetzend): Ein Angebot in Güte. Jeden Vorschlag, den die Freiheitlichen machen, der gut und umsetzbar ist, (Abg. Ing. Po gl i t s c h: Den verwerten Sie als ÖVP-Idee.) werde ich dankbar aufnehmen. Aber ich bitte auch anzuerkennen, daß die Maßnahmen zum Jugendbeschäftigungsplan, die ich bisher gesetzt habe und die in Diskussion sind, auch realisierbar sind und bisher auch positiv von der Jugend und von der Wirtschaft beurteilt wurden. (Beifall bei der ÖVP)

Präsident: Gibt es weitere Zusatzfragen? - Das ist nicht der Fall. Wir kommen somit zur sechsten Anfrage, die vom Landtagsabgeordneten Tschürtz an Herrn Landesrat Kaplan gerichtet ist.

Ich bitte Herrn Abgeordneten Tschürtz um Verlesung seiner Anfrage.

Abgeordneter **Tschürtz** (FPÖ): Herr Landesrat! Die Landesregierung hat am 18.6.1996 - hier steht 1998, das war ein Tippfehler - die Unterstützung der Firma Air Page mit Förderungsmittel in der Höhe von über 20 Millionen Schilling beschlossen.

Wird das Land Burgenland, aufgrund der derzeitigen Beschäftigungslage in dieser Firma, die Rückzahlung der Förderungen verlangen?

Präsident: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat **Kaplan:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Mir liegt eine Frage Ihrerseits vor, wo Sie mich fragen, ob die Landesregierung am 18.6.1998 die Unterstützung der Firma Air Page mit Förderungsmittel in der Höhe von über 20 Millionen Schilling (Abg. Nick a: Das hat er gerade gesagt.) beschlossen hat. Dieser Förderungsakt ist mir nicht bekannt, (Abg. Ing. Po gl i t s c h: Machen Sie sich nicht lächerlich.) daher kann ich Ihre Frage auch nicht beantworten. (R u f: Er muß sie nicht beantworten!)

Präsident: Eine Zusatzfrage Herr Abgeordneter? - Bitte.

Abgeordneter **Tschürtz** (FPÖ): Herr Landesrat! Die Landesregierung hat am 18.6.1996 die Unterstützung der Firma Air Page mit Förderungsmittel beschlossen.

Wird das Land Burgenland die Rückzahlung der Förderungen verlangen?

Präsident: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat **Kaplan:** Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Sie sind immer einer, der genaue Antworten möchte, ich möchte daher von Ihnen auch exakte Fragen haben. Sie haben mich in der letzten Landtagssitzung (Abg. Dr. Rau ter: Sie sind sehr kompetent.) bezüglich einer Förderung des Golfprojektes Stegersbach gefragt. Gemeint haben Sie eine ganz andere Gesellschaft. Es ist also sehr schwer, Ihnen korrekte Antworten zu geben.

Wenn Sie also den Regierungsakt aus dem Jahre 1996 gemeint haben, so darf ich Ihnen sagen, daß in diesem Förderakt ein Investitionsvolumen für die Firma Air Page in der Größenordnung von 55 Millionen Schilling vorgesehen war. In diesem Fördervertrag wurden 20,35 Millionen Schilling zugesagt, bis zum 20. Feber 1997 wurden tatsächlich 6,68 Millionen Schilling ausbezahlt. Es ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorgesehen, diese Förderung zurückzufordern oder zu reduzieren, weil es mit der Firma Air Page konkrete Verhandlungen über neue Aufgabenziele dieser Firma gibt. Es dürfte Ihrer Aufmerksamkeit nicht entgangen sein, daß es für den Paging-Markt sehr harte Konkurrenzzeiten aufgrund des Handymarktes ... (Abg. Dr. Rauter: Das hätte Ihrer Aufmerksamkeit nicht entgehen sollen. - Abg. Ing. Po gl i t s c h: Da war es in Deutschland schon längst aus.)

Das hat man im Jahre 1996 noch nicht gewußt - mit Ausnahme von Ihnen. Sie haben das damals sicherlich schon gewußt! Sie sind ja gegen jeden Förderungsvertrag, es zeichnet Sie ja aus, daß Sie bei jeder Förderung eines Betriebes im Burgenland dagegen sind. (Abg. Dr. Rau ter: Wegen der Förderung. Eine Ansiedlung wegen der Förderung ist zu vergessen.) Sie haben sich ja auch bei der Firma Nokia dagegengestellt. Als sich die Österreichzentrale, und das ist ja in der Öffentlichkeit untergegangen, im Technologiezentrum in Eisenstadt angesiedelt hat - das war eine Entscheidung, um die uns ganz Österreich beneidet hat -, haben Sie auch dagegengestimmt. Der Kollege Wagner hat gemeint, die Arbeitsplätze könnten ja auch einmal in Frage gestellt werden. Natürlich! Jeder einzelne Arbeitsplatz in unserem Lande

Landesrat Kaplan

kann einmal ins Schwanken kommen. Überhaupt keine Frage - auch bei Nokia, auch bei Air Page.

Die Entwicklung auf dem Handymarkt konnte im Jahre 1996 kein Mensch voraussehen, daher ist Air Page in Schwierigkeiten gekommen. Air Page versucht aber jetzt, sich neue Aufgabenfelder zu suchen und hat Gespräche mit uns aufgenommen, wir sind in Verhandlungen. Es kann ja nicht unser Ziel sein, eine Firma nach der anderen vor den Vorhang zu bitten, in der Öffentlichkeit schlecht zu machen - wie Sie das permanent tun - und den Wirtschaftsstandort in Frage zu stellen, sondern wir versuchen eine Lösung im Interesse der Beschäftigten herbeizuführen. Wir wollen ja, daß die Burgenländerinnen und Burgenländer Beschäftigung finden. Wir wollen recht haben, daß wir gute, qualifizierte Arbeitsplätze schaffen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Tschürtz.

Abgeordneter **Tschürtz** (FPÖ): Herr Landesrat! Es wird aber schon noch erlaubt sein, daß man diesbezüglich eine Frage stellt, denn es gibt ja auch Klein- und Mittelbetriebe im Burgenland, und die bräuchten auch einige Millionen Schilling. *(Beifall bei der FPÖ)*

Herr Landesrat, ist es nicht auffallend, daß immer mehr Ziel 1-Projekte - ich verweise neben Air Page auch auf Lenzing, KROSCHU und Roser Decron - zum Scheitern verurteilt sind?

Präsident: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat **Kaplan:** Da möchte ich eine Gegenfrage stellen: Ist Ihnen nicht aufgefallen, daß es in diesem Lande aufwärts geht? Daß der Wirtschaftsstandort Burgenland vor zehn Jahren nicht vergleichbar ist? *(Abg. Tschürtz: Lenzing!)* Daß wir, obwohl wir in verschiedenen Bereichen, zum Beispiel im Bereich Textil, vier Fünftel der Arbeitsplätze verloren haben, eine positive Beschäftigungsbilanz haben? Und zwar mit qualifizierten Arbeitsplätzen! Daß sich heute Betriebe wie Nokia, Siemens, RSL-Com und dergleichen mehr ansiedeln. *(Zwiesgespräche in den Bänken)* Ist Ihnen das entgangen? Ich habe es ja hier wiederholt versucht, Ihnen zu sagen, wo die Fördermittel hingehen. Wir stehen dazu!

In einer erfolgreichen Region kann es schließlich nur vorwärts gehen, wenn es ein vernünftiges Miteinander zwischen den großen - unsere Großbetriebe sind ja keine großen, sondern mittlere Betriebe, aber wenn Sie recht haben wollen - und kleinen Betrieben gibt. Ich sage Ihnen, daß wir seit 1. Jänner 1997 bis zum Sommer des heurigen Jahres etwa 1.500 burgenländische Firmen gefördert haben. Nennen Sie mir die 1.500 großen Betriebe, die es im Burgenland gibt? Also unsere Förderungssummen *(Abg. Tschürtz: Mit 10.000 Schilling für einen Betrieb.)* gehen in den Klein- und Kleinstbetrieb. Wenn Sie immer von den Großprojekten reden, dann kommen Sie immer auf Lenzing. Das war im Jahre 1995!

Ich glaube, die Entscheidung war damals gut und richtig. Erfolgreich Wirtschaften bedeutet ein vernünftiges Miteinander zwischen Großen und Kleinen. Aber Sie versuchen, Große und Kleine auseinanderzudividieren. Das wird Ihnen nicht gelingen. Wir haben Infrastrukturprojekte auf die grüne Wiese gestellt, dazu stehen wir, und wir fördern den Klein- und Kleinstbetrieb im gleichen Ausmaß. *(Abg. Dr. Raute r: Die Nachförderung für Nokia haben Sie vergessen.)* Wenn jemand 100 Millionen Schilling investiert und eine 20-, 30prozentige Förderung bekommt, so ist der Betrag natürlich ein wesentlich höherer.

Aber Sie unterscheiden ja nicht zwischen Investitions- und Fördervolumen. Das ist Ihr Problem, das Sie haben. Es wird in der Öffentlichkeit mit Zahlen operiert, die falsch sind. Ich sage es Ihnen noch einmal: Die Klein- und Kleinstbetriebe sind mir eine Herzensangelegenheit. Diese werden nicht untergehen, sondern werden genauso gefördert wie die großen Betriebe. *(Beifall bei der ÖVP - Abg. Dr. Raute rund Ing. Po glitsch: Ja, ja.)*

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete Dkfm. Helga Braunrath.

Abgeordnete **Dkfm. Helga Braunrath** (ÖVP): Herr Landesrat! Vielleicht ist der Zwischenruf des Landesparteiobmannes der FPÖ "Jede Ansiedlung mit Förderung könne man vergessen", untergegangen. *(Abg. Ing. Pogitsch: Wenn die Rahmenbedingungen nicht stimmen.)*

Ich frage Sie daher: Sind Sie, Herr Landesrat, auch der Meinung der FPÖ Burgenland, daß man sich nur zurücklehnen müsse und warten, *(Abg. Mag. Münzenrieder: Protektionismus betreiben.)* ob vielleicht Betriebsansiedlungen von selber geschehen?

Präsident: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat **Kaplan:** Ich glaube, diese Frage ist sehr leicht zu beantworten. Wir haben ein Programmplanungsdokument erarbeitet und auf Grund dieses Programmplanungsdokumentes wird die Förderpolitik im Burgenland betrieben - ich möchte sagen mit Erfolg betrieben. Das haben uns andere Länder auch schon vorgemacht. Ich war kürzlich in Irland. Irland ist seit dem Jahr 1973 bei der Europäischen Union, war früher eine verarmte Region und ist heute Spitzenreiter in Europa. *(Abg. Dr. Raute r: Jeder Experte sagt, daß eine Förderung kein Ansiedlungskriterium ist.)* Sie als Experte sagen, wir sollen die zur Verfügung gestellten Mittel gleich aufteilen; *(Abg. Dr. Raute r: Kommen Sie nicht wieder mit der alten Leier.)* ohne Wirkung. Wir sagen, wirkungsvoll ist, wenn wir Schwerpunkte fördern. Und die Iren haben es genau so getan. Wir sind am richtigen Weg, wir werden diesen Weg auch nach 1999 fortsetzen.

Ich glaube daher, daß uns der Beitritt zur Europäischen Union weitergeholfen hat. Sie sind ja dagegen. Die Freiheitlichen waren ursprünglich für die EU, aber als es so weit war, waren sie dagegen. Wenn Sie sich jetzt die Entwicklung in der Bevölkerung anschauen, werden Sie merken, daß Sie wieder auf das falsche Pferd gesetzt haben.

Landesrat Kaplan

Ich kann Ihnen sagen, der Beitritt zur Europäischen Union hat dem Wirtschaftsstandort Burgenland genützt. (*Abg. Dr. Rau ter: Wir werden uns von der ÖVP beraten lassen, um erfolgreich zu sein.*) Nein, die ÖVP wird Sie nicht beraten. Ich könnte Ihnen den Herrn Rosenstingl empfehlen. Vielleicht nehmen Sie den als Berater, das ist einer Ihrer Wirtschaftsexperten. (*Abg. Tschürtz: Hör auf.*) Herr Tschürtz, wenn Sie den Rosenstingl wollen, der weit momentan im Ausland. Aber sollte er zurückkommen, würde ich Ihnen diesen empfehlen. Er soll einmal Ihren Sozialfonds untersuchen. Ich glaube, in Ihrem Sozialfonds hätte er auch einige Jahre zu tun. (*Abg. Dr. Rau ter: ÖVP und Rosenstingl; was verlieren Sie?*)

Ich sage Ihnen nur, die Förderpolitik des Landes ist eine äußerst positive. Die Wirtschaft des Landes erkennt das, aber vor allem auch die Beschäftigten. Wir werden durch diese Politik vielen jungen Menschen in unserem Lande (*Abg. Dr. Rau te r: Die jungen Menschen bekommen Arbeit.*) Beschäftigung schaffen, und das ist das Ziel unserer Förderpolitik. (*Beifall bei der ÖVP*)

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage kommt vom Abgeordneten Ing. Poglitsch. (*Abg. Bachmayer: Er will wissen, wo der Rosenstingl ist. - Allgemeine Heiterkeit*)

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Ing. Poglitsch** (FPÖ): Herr Landesrat Kaplan! Ich muß einige Dinge klarstellen. (*Abg. Mag. Münzen rieder: Du mußt auf der ersten Seite zu lesen beginnen.*) Wir Freiheitliche stellen nicht den Wirtschaftsstandort Burgenland in Frage, sondern stellen Ihre Förderpolitik in Frage. Wenn ich mir anschau, daß vier Fünftel der Fördersumme an die 15 größten Betriebe - Ihre Leitbetriebe - und ein Fünftel der Förderungen nur an die Klein- und Mittelbetriebe gehen, dann meinen wir Freiheitliche, daß das nicht die richtige Förderpolitik ist. (*Beifall bei der FPÖ*)

Sie reden hier von einer positiven Wirtschaftsentwicklung. Die Arbeitslosenrate steigt stetig, es kann nicht der richtige Weg sein ... (*Abg. Dkfm. Helga Braunrath: Die Frage bitte!*)

Präsident: Herr Abgeordneter, Sie sollten zu Ihrer Frage kommen.

Abgeordneter **Ing. Poglitsch** (FPÖ) (*fortsetzend*): Sie erkaufen sich um hunderte Millionen Schilling ein paar Arbeitsplätze und wollen sich hier herstellen und von einer guten Wirtschaftspolitik reden.

Präsident: Ihre Frage, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Ing. Poglitsch** (FPÖ) (*fortsetzend*): Meine konkrete Frage an Sie: In Deutschland hat es auch schon 1996 den Wertkartenhandyboom gegeben und Sie wissen, daß solch ein Technologieboom an der österreichischen Grenze nicht Halt macht. Warum haben Sie trotzdem Air Page mit solch hohen Förderungen bevorzugen?

Präsident: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat **Kaplan:** Herr Abgeordneter, wenn Sie immer mit "Wir Freiheitlichen ..." anfangen, dann habe ich immer Schwierigkeiten, (*Abg. Tschürtz: Das glaube ich.*) denn bis vor zwei Jahren hätten Sie "Wir ÖVPler ..." sagen müssen. (*Abg. Dr. Rauter: Es kommen Ihnen die Besten abhanden, nur die Schwachen bleiben.*) Sie haben sich sehr rasch verändert und so schaut auch Ihre Förderpolitik aus. Sie waren ja auch gegen die Vorgangsweise bei der Firma Vossen. Jetzt höre ich von Ihnen nichts mehr. (*Zwiegespräche in den Bänken*) Wie dem auch sei, Sie haben Vossen verteufelt, Sie verteufeln Lenzing und es wird keine zwei Jahre dauern, dann werden Sie der Erfinder von Lenzing sein. Davon bin ich hundertprozentig überzeugt. Aber es soll so sein.

Wenn Sie schon alles gewußt haben, so kann ich nur sagen, Telenor hat sich dann geirrt. (*Unruhe in den Bänken*) Gut, dahinter steht nur die norwegische Post! Was ist das gegen einen Herrn Abgeordneten? Ich sage Ihnen, daß die Entwicklung am Handy Markt die Liberalisierung des Strommarktes, ... (*Abg. Ing. Poglitsch: Sie haben damit gerechnet, daß das vor Österreich Halt macht. -Abg. Thomas: Das ist ja nicht wahr.*) Nein! Sie haben es besser gewußt, Sie wissen alles besser. Telenor als ein Topunternehmen hat es nicht gewußt. Die Entwicklung war nicht vorauszusehen, das muß man jetzt sagen nicht gerne, aber es ist so. Sie haben jetzt Schwierigkeiten in der Beschäftigung, sie sind dabei, sich neue Geschäftsfelder zu suchen. Man wird darüber verhandeln, ob das korrekt ist. Dann wird man auch über die zugesagten Förderungen verhandeln.

Die Firma Air Page hat ja diese 20,35 Millionen zugesagten Fördermittel nicht erhalten, sondern bis dato 6,78 Millionen. (*Abg. Ing. Poglitsch: Das ist zu viel.*) Bei Ihnen ist alles zu viel. (*Heiterkeit*) Das, was Sie sagen, ist auch immer zu viel und ich muß es in Kauf nehmen. (*Heiterkeit*) Mir bleibt nichts anderes übrig. Was glauben Sie, welche Freude ich mit Ihren Wortmeldungen habe, die hinten und vorne nicht stimmen? (*Heiterkeit bei der ÖVP*) Die Firma Air Page ist jetzt auf der Suche nach neuen Geschäftsfeldern und ist bemüht, diesen Fördervertrag einzuhalten und hat um Fristerstreckung ersucht. Wenn es ihr nicht gelingt, werden wir sie so behandeln - wie alle anderen auch -, wie es im Fördervertrag zugesagt ist. Aber mir ist es lieber, wir verhandeln mit ihnen und sie bringen Beschäftigung ins Land, als wenn ich sage: Zurück mit dem Geld und die Firma zusperren. Das ist Ihre Politik und nicht meine. (*Beifall bei der ÖVP*)

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage liegt nicht vor. Wir kommen somit zur siebenten Anfrage. Sie ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Resetar an Herrn Landesrat Tauber gerichtet. Ich bitte Herrn Abgeordneten Resetar um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Resetar** (ÖVP): Herr Landesrat! Eine südburgenländische Zeitung brachte auf der Titelseite die Überschrift "Ortspolitiker stoppen raschen B 63-Weiterbau".

Landesrat Tauber

Stimmt es, daß die Resolution der Gemeinde Schachendorf bewirkt hat, daß Bundesminister Farnleitner einen Baustopp für die Weiterführung der B 63 anordnete?

Präsident: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat **Tauber:** Sehr geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter! Eine hochrangige Verkehrsverbindung zwischen der Südautostrasse - dem Wirtschaftsraum Oberwart-Großpetersdorf-Steinamanger - und dem Grenzübergang Schachendorf zählt schon im Hinblick auf die EUREGIO, die ja in den letzten Tagen getagt hat, zu den vorrangigen Anliegen unserer Straßenbaupolitik im Land.

Um das zu gewährleisten, ist auch der rasche Ausbau der B 63 notwendig. Auf Grund des Straßenzustandes der B 63 zwischen der Umfahrung Großpetersdorf und Dürnbach wurde im Jahre 1995 der Abschnitt "Großpetersdorf - Dürnbach" in das Ausbauprogramm als vorrangige Maßnahme aufgenommen.

Im Zuge der Gesamtplanung der B 63 wurde auch die Ausschaltung der beiden Kehren bei Neuhof - Sie wissen, wo sich das befindet - mit gestreckter Unienführung in diesem Abschnitt verlangt. Voraussetzung dafür war: Unter anderem die Möglichkeit zu schaffen, um zu einem späteren Zeitpunkt eine Umfahrung der Ortsgebiete von Dürnbach, Schachendorf und Rechnitz, eine Nord- oder Südvariante, beides ist möglich, zu ermöglichen. Dem wurde im Projekt auch Rechnung getragen.

Hier beginnt Ihr Informationsmangel und ich darf hier etwas ausholen. Wie Sie wissen, ist für die Festlegung und die Umliegung von Bundesstraßen, von Trassen der Bundesstraßen, eine Umweltverträglichkeitsprüfung beziehungsweise ein Bürgerbeteiligungsverfahren erforderlich.

Das Bundesgesetz über die Prüfung der Umweltverträglichkeit und die Bürgerbeteiligung ist seit dem 1. Juli 1994 in Kraft und wurde 1997 novelliert. Aufgabenstellung dieses Verfahrens ist die Beschreibung und Bewertung von Auswirkungen und Wechselwirkungen eines Vorhabens auf die Schutzgüter Mensch, Tiere und Pflanzen, Boden, Wasser, Luft und Klima, Biotope und Ökosysteme, Landschaft und Sach- und Kulturgüter. Begleitend dazu muß eine Bürgerbeteiligung zur rechtzeitigen Information der Öffentlichkeit erfolgen. Sie wissen auch, daß für die Befolgung dieser gesetzlichen Vorgaben ein beträchtlicher Zeitraum in Anspruch genommen werden muß.

Jetzt kommt es, Herr Abgeordneter: Kein Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren ist notwendig für Bundesstraßenstrassen, die kürzer als fünf Kilometer sind. Hier reicht ein wesentlich einfacheres und zeitsparenderes Verfahren aus, nämlich das Bürgerbeteiligungsverfahren. Das hatte ich an sich für diesen Raum zwischen "Großpetersdorf - Baulosende und Dürnbach - Ortseinfahrt" beabsichtigt. Das Projekt "Großpetersdorf - Dürnbach" hat nämlich nur eine Länge von 2,5 Kilometer; ein UVP-Verfahren wäre deshalb nicht notwendig gewesen. Die

Dauer dieses Verfahrens würde etwa sechs Monate dauern, sodaß nächstes Jahr mit dem Bau der Straße begonnen werden könnte.

Und jetzt zur konkreten Beantwortung Ihrer Frage: Sie fordern in Ihrer Resolution die Umfahrung von Dürnbach und Schachendorf. Das haben Sie dem Minister ganz einfach raufgeschickt. (*Abg. Resetar: Auch Ihnen.*) Aber zu spät! Dadurch wird aber (*Abg. Resetar: Herr Landesrat, zugleich!*) die Bauloslänge von fünf Kilometer überschritten und das UVP-Verfahren, Herr Abgeordneter, ist einzuleiten. Das führt zu einer massiven Verzögerung. Ob ich das direkt oder indirekt mit dem Herrn Bundesminister ausgemacht habe, ist ein ganz anderes Blatt Papier.

Fest steht, auf Grund der Gesetzeslage und natürlich des Auftrages des Ministers habe ich mich daran zu halten. Ich werde oder müßte normalerweise dieses Verfahren, das drei Jahre dauert, einleiten. Ich war aber beim Herrn Bundesminister Farnleitner, um das auch klarzustellen, und habe vereinbart, daß das Baulos von Großpetersdorf nach Dürnbach im nächsten Jahr fortgesetzt werden kann, es entsteht also keine Verzögerung. Aber ich sage noch einmal: Ich werde mich auch in Zukunft, gerade in so sensiblen Dingen wie Umweltschutz und Ökologie, genau an die Richtlinien des Gesetzes halten. Das bin ich auch unserer Jugend und der Umwelt schuldig. Daher ersuche ich Sie jetzt, dieses Zwischenspiel einzustellen und mich in Zukunft früher zu informieren. Wir werden das Baulos fortsetzen!

Präsident: Eine Zusatzfrage Herr Abgeordneter? - Bitte.

Abgeordneter **Resetar** (ÖVP): Herr Landesrat! Wir sind immer in Kontakt gewesen, als es um diesen Bauabschnitt gegangen ist. Nur bin ich jetzt schon ein bißchen verwundert. Zuerst sagen Sie, es wird zwei, drei Jahre verzögert, und eine Minute später sagen Sie, es wird im nächsten Jahr gebaut.

Meine Frage haben Sie nicht beantwortet. Ich habe nämlich gefragt, ob der Minister Farnleitner diesen Baustopp angeordnet hat. Es stimmt anscheinend, daß diese Zeitungsmeldung nur von Ihnen gekommen ist. Ansonsten kann ich mir das nicht erklären.

Herr Landesrat, meine Frage: Wie erklären Sie sich, daß diese Zeitungsmeldung vom 7. Oktober (*Zwischenruf von Landesrat Tauber*) Sie zitierte? Ich werde Sie wörtlich hier zitieren... (*Abg. Ing. Po gli tsc h: Frage!*)

Präsident: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie zu Ihrer Frage zu kommen.

Abgeordneter **Resetar** (ÖVP) (*fortsetzend*): Oberwar-ter Zeitung vom 7. Oktober 1998: "Tauber empört. Die Resolution hat bewirkt, daß Bundesminister Farnleitner angeordnet hat, den Bau zu stoppen."

Wie erklären Sie sich diese Zeitungsmeldung?

2. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses betreffend den Beschlußantrag (Beilage 491), mit dem der Vereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Burgenland zur Erhaltung und Weiterentwicklung des Nationalparks Neusiedler See-Seewinkel zugestimmt wird (Zahl 17 - 336) (Beilage 511)

Präsident: Wir kommen zum 2. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses betreffend den Beschlußantrag, Beilage 491, mit dem der Vereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Burgenland zur Erhaltung und Weiterentwicklung des Nationalparks Neusiedler See-Seewinkel zugestimmt wird, Zahl 17 - 336, Beilage 511.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Schmid.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Schmid: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Rechtsausschuß und der Umweltausschuß haben den Beschlußantrag, mit dem der Vereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Burgenland zur Erhaltung und Weiterentwicklung des Nationalparks Neusiedler See-Seewinkel zugestimmt wird, in ihrer 8. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 14. Oktober 1998, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Beschlußantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Mein Antrag wurde ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Als Ergebnis ihrer Beratungen stellen somit der Rechtsausschuß und der Umweltausschuß den Antrag, der Landtag wolle nachstehenden Beschluß fassen:

Nicka

Der Vereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Burgenland zur Erhaltung und Weiterentwicklung des Nationalparks Neusiedler See-Seewinkel wird gemäß Artikel 83 Abs. 2 L-VG zugestimmt.

Präsident: Danke Herr Abgeordneter. Als erstem Redner erteile ich dem Abgeordneten Nicka das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Nicka** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich freue mich, daß bei diesen so wichtigen Themen vor allem heute sehr viele Jugendliche im Hohen Haus auf der Galerie anwesend sind, denn gerade das Thema (*Beifall Ing. Poglitsch*) "Erhaltung und Weiterführung des Nationalparks Neusiedler See-Seewinkel" ist vor allem auch für die Jugend von großer Bedeutung, weil gerade der Schutz der Natur für unsere Kinder sehr wesentlich ist.

Der größte Reichtum des Menschen, sehr geehrte Damen und Herren, ist die Natur, unsere Mit- und Umwelt, in der wir leben. Daher müssen wir mit diesem Geschenk Gottes sehr vorsichtig und auch sehr rücksichtsvoll umgehen. Das wiederum erfordert Fingerspitzengefühl, Sensibilität, Dialogbereitschaft, vor allem aber, was das Wichtigste dabei ist, damit Naturschutz gelingen kann, Rücksichtnahme auf die betroffenen Menschen.

Denn es gab, leider Gottes, und gibt heute noch Schwärmer und Unseriöse, die manchmal in guter Absicht um sich schlagen, das möchte ich nicht abstreiten, wenn es um die Natur und Umwelt geht, doch sie haben dabei so manches Porzellan zerschlagen und so manchen Weg zum notwendigen Bewußtsein für die Landschaft verbaut und somit dem Verständnis der Gesellschaft für Naturhaushalt und Umwelt nicht gerade einen guten Dienst erwiesen. Vor allem, weil ihr Verhältnis zur Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gestört ist, stehen sie der Bereitschaft zur großangelegten Zusammenarbeit oftmals im Weg. Gegen solche Schwärme unseriöser Streiter wollen wir Freiheitliche immer wieder auftreten.

Es ergibt sich fast von selbst, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß bei jeder Art von Naturschutz, wo Menschen betroffen sind, der Widerstand vorprogrammiert ist. Denn wer bricht schon gerne mit lang eingefahrenen Traditionen? Wer gesteht schon freiwillig seine Unwissenheit über ökologische Grundprinzipien ein? Deshalb ist es besonders wichtig, einen offenen Dialog über Naturschutzthemen zu führen. (*Zwischenruf des Abg. Loos*) Da werden Sie mir ja zustimmen, Herr Kollege Loos. Nicht aus Eitelkeit, sondern um zu informieren, zu thematisieren und zu sensibilisieren. Denn nur wenn wir diese Aufgaben erfüllen, wird ein rücksichtsvoller Umgang mit dem Kapitel Natur zur Selbstverständlichkeit.

Damit sich aber der Naturschutz auch durchsetzen kann, müssen auch die Menschen etwas davon haben. Dann wird sich auch ihre Einstellung zum Naturschutz zum Positiven wenden. Die Errichtung des Nationalparks Neusiedler See-Seewinkel ist ein gutes Beispiel dafür, wie die Interessen der Naturschützer, der Wirtschaft und

der betroffenen Menschen Hand in Hand gehen können. Wir können auf diesen Nationalpark Neusiedler See-Seewinkel stolz sein, denn er bietet eine Chance für Mensch und Natur. (*Beifall bei der FPÖ*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es war ein langer Weg, bis wir zu diesem Nationalpark Neusiedler See-Seewinkel gekommen sind. Kein Nationalpark ist von heute auf morgen und aus Spaß an der Freude entstanden. Immer war es ein Tauziehen um die Sicherung wertvoller Lebensräume, auch gegen so manche Widerstände der betroffenen Bevölkerung.

Doch, das hat man bei der Errichtung des Nationalparks Neusiedler See-Seewinkel gesehen, "Gut Ding braucht Weile" oder "Was lange währt, wird endlich gut!", könnte man auch sagen. Das trifft auf den Nationalpark Neusiedler See vollkommen zu. Doch, wenn etwas gelungen ist, worauf man sehr stolz sein kann, dann gibt es auch hierfür meist jede Menge "Väter". Das gilt auch für die Errichtung des Nationalparks Neusiedler See-Seewinkel. Wollte man im nachhinein alle aufzählen, die sich Verdienste um die Errichtung des Nationalparks erworben haben, so gäbe es eine beachtlich lange Liste. Besonders schwierig wäre es, eine Gewichtung vorzunehmen.

War es zum Beispiel wichtig, daß bereits in den 30er Jahren der Österreichische "Naturschutzbund" erste Pachtungen wichtiger Gebiete vornahm? Oder: Wäre die 1972 geplante Brücke über den Neusiedler See ohne die knapp 200.000 Personen, die sich in einer Unterschriftenaktion dagegen ausgesprochen haben, gebaut worden? Hätte dieses Projekt dann einen Nationalpark auf immer verhindert? Ist das Geld von Land und Bund wichtiger oder die Bereitschaft der Bevölkerung, Grundstücke zur Verfügung zu stellen? Ist es ein Verdienst weitsichtiger Politiker oder engagierter Beamter, daß sich heute praktisch alle Einheimischen zu "ihrem" Nationalpark bekennen?

Sehr geehrte Damen und Herren! "Alles hängt mit allem irgendwie zusammen", lehrt uns die Ökologie. Und so ist auch jedes Eintreten für einen Nationalpark, für Erhaltung und Pflege, gegen Zerstörung und Vernichtung als Baustein zu verstehen, der mithalf und mithilft, das Gebäude "Nationalpark" auf beziehungsweise weiterzubauen. Und so wie ein paar Bausteine noch kein Gebäude machen, so gibt es eigentlich auch nicht den oder die "Nationalpark-Macher", wenn sich auch so manche gerne als solche sehen möchten.

Lassen Sie mich einen Blick auf die Entstehungsgeschichte des Nationalparks werfen, denn diese Entstehungsgeschichte war ein dorniger Weg. Die Ideen liegen schon sehr, sehr lange zurück. Bereits in den 20er Jahren werden Wiesenflächen zwischen Podersdorf und Weiden unter Naturschutz gestellt. Nach 1945 beginnt man mit Vorschlägen in Richtung Natur-, Regional- oder Steppenpark. Doch damals war die Zeit noch nicht reif. Es wird noch viel zerstört werden müssen, um das Leben für die Menschen sozusagen "angenehmer" zu machen. So verhalten dann die guten Vorschläge, weil erstens die

Nicka

Bevölkerung sich darunter nichts vorstellen kann und will, zweitens man ohnedies skeptisch ist gegenüber allem, was von oben kommt und drittens mangelt es den damaligen verantwortlichen Politikern gänzlich an Umsetzungswillen.

Wenn man die damalige Haltung, vor allem die der Bevölkerung, aus der entsprechenden Situation heraus interpretiert, dann wird man jenen Menschen zumindest nicht böse sein, die sich eigentlich um die Verbesserung ihrer Lebensumstände bemühten, weil man - und da sind wir uns, glaube ich, alle einig - von einer verkärten ÖKO-Romantik wohl kaum gut leben konnte.

1962 wird ein Areal von 500 Quadratkilometern zum "Teilnaturschutz- und Landschaftsschutzgebiet" erklärt. 1988 gründen - nach einem Bekenntnis der Landesregierung zu einem Nationalpark Neusiedler See-Seewinkel - Bund und Land einen Arbeitsausschuß zur Vorbereitung eines gemeinsamen Nationalparks mit Ungarn. Damals steht noch der Eisene Vorhang, und über dessen hinweg soll ein sogenannter "Friedenspark" geschaffen werden.

Das entscheidende Jahr, meine sehr verehrten Damen und Herren, für die Errichtung des Nationalparks war dann das Jahr 1991. In diesem Jahr beschließt der Burgenländische Landtag ein neues Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz, in dem auch die Pflege schutzwürdiger Landschaften festgeschrieben wird. Am 12. November 1992 ist es dann endlich soweit: Exakt um 13.13 Uhr beschließt der Burgenländische Landtag - einig von Ihnen waren ja damals schon dabei - das Nationalparkgesetz Neusiedler See-Seewinkel, das dann am 11. Feber 1993 in Kraft getreten ist.

Am 22. April 1992 verkündet der zuständige Landesrat via Radio Burgenland, daß die internationale Anerkennung für den burgenländischen Teil des Nationalparks eingetroffen ist. Darauf können wir sehr stolz sein, denn es ist der einzige Nationalpark (*Beifall bei der FPÖ*) in Österreich, der diese internationale Auszeichnung bekommen hat. Es war noch gerade rechtzeitig, denn zwei Tage später, am 24. April erfolgte die feierliche Eröffnung des grenzüberschreitenden Nationalparks.

Rund 26 Millionen Schilling zahlt das Land jährlich an Pachtgeldern zur Flächensicherung. Der Bund schießt Jahr für Jahr ebensoviel dazu, damit der Nationalpark verwaltet, betreut, gemanagt, beaufsichtigt, weiter erforscht und ausgebaut werden kann. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine Investition, die sich lohnt - sowohl für die Menschen als auch für die Natur. Daher werden wir Freiheitliche der Vereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Burgenland unsere Zustimmung geben, (*Abg. Mag. Münzenrieder: Bravo!*) weil wir immer sachlich entscheiden und, wenn etwas in unseren Augen nicht treffend ist, auch hart kritisieren. Aber hier freuen wir uns, daß es geglückt ist - ich habe Ihnen den langwierigen und dornigen Weg erzählt -, diesen Nationalpark zu schaffen. Wir sind einverstanden mit den Zielsetzungen, wie sie in der Vereinbarung aufgezählt sind, (*Abg. Mag. Münzenrieder: Wer sagt es denn!*) und mit der Finanzierung. Wir sind einverstanden mit der Na-

tionalparkkommission, können uns aber nicht einverstanden erklären - das ist der einzige Wermutstropfen, Herr Kollege Sipötz - mit dem Nationalparkforum. Denn hier haben sich wieder die 'Interessensvertreter unverständlicherweise eingenistet. (*Abg. Mag. Münzenrieder: Das ist die Mehrheit. Das ist nicht der österreichischen Mehrheit entsprechend.*) Ich weiß nicht, was die Arbeiterkammer bei diesem Nationalparkforum machen soll.

Weil aber, ich wiederhole es noch einmal, gerade dieser Nationalpark so wichtig ist, sowohl für die Menschen als auch für die Natur, werden wir - trotzdem daß eben dieser Schönheitsfehler hier vorhanden ist, wie ich schon gesagt habe, daß sich diese Interessensvertretungen hier eingenistet haben - zustimmen. (*Beifall bei der FPÖ*)

Präsident: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Loos.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Loos** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine kurze Replik auf die Rede des Herrn Abgeordneten Nicka. Nicht negativ, sondern nur darauf eingehend. Was die Schwärmer betrifft - sicherlich muß man auch die Schwärmer ernst nehmen - (*Zwischenruf des Abg. Nicka*) das muß ich dazu sagen. Sie sind ganz wichtig am Beginn einer derartigen Angelegenheit, Menschen mit Visionen brauchen wir, das ist, glaube ich, in Ordnung. Man muß aber dann bei den Verhandlungen aufpassen, daß man alles unter Dach und Fach bringt.

Zur offenen Diskussion, die bei der Nationalparkwerdung stattgefunden hat, möchte ich nur sagen: Das wurde immer von jenen gefordert, die betroffen waren. Wir haben diese offene Diskussion geführt, wir haben sehr harte Diskussionen durchgeführt. Daran kann ich mich noch sehr gut erinnern. Ich selbst habe mich noch nie als Vater des Nationalparks bezeichnet, es wird mich auch kein anderer bezeichnen, ich würde mich eher als geprügeltes Kind bezeichnen. Jetzt sieht das anders aus. Damals mußte ich mir einige Ausdrücke anhören, die ich nicht mehr wiederholen möchte. Aber mit mir wurden auch andere geprügelt, zum Beispiel der Herr Präsident Sipötz, der gerade mit dem Klubobmann spricht, der wird ihm wahrscheinlich dasselbe sagen wollen.

Zum Nationalparkforum vielleicht eines. Dieses ist eines der doch sehr vielen Gremien im Nationalpark und hat eigentlich "nur" beratende Funktionen. Entscheidend im Nationalpark ist der Nationalparkvorstand, der durch hochrangige und kompetente Persönlichkeiten besetzt ist - ich selbst gehöre auch dazu, mich nehme ich jetzt bei kompetent und so weiter heraus, damit es kein Eigenlob wird. (*Abg. Mag. Münzenrieder: Doch, doch.*) Aber ich glaube, der Nationalpark arbeitet sehr gut. Wenn es uns gelingt, sogar die Zustimmung der Freiheitlichen bei gewissen Belangen des Nationalparks zu finden, weist das schon darauf hin, daß außergewöhnlich gut gearbeitet wird.

Zum Vertrag selbst. Die Naturschutzagenden fallen gemäß der Österreichischen Bundesverfassung grund-

Loos

sätzlich in die Kompetenz der Bundesländer. Das wissen wir. Trotzdem ist es aber notwendig, daß bei Projekten in einer Dimension eines Nationalparks eine Kostenaufteilung zwischen Bund und Land im Verhältnis von 50 zu 50 erfolgt. Das ist auch die Praxis und so wird es bereits in allen Nationalparks durchgeführt.

Vor ungefähr fünf Jahren wurde ein erster Staatsvertrag, ein 15a-Vertrag, diesbezüglich abgeschlossen. Dieser Vertrag war in erster Linie darauf ausgerichtet, daß der Bund bei der Infrastruktur gezahlt hat, während bei anderen Dingen - beim Betrieb und so weiter - das Land gezahlt hat. Da jetzt ein Großteil der Infrastrukturmaßnahmen abgeschlossen ist - ich werde darauf noch näher eingehen -, hat man jetzt eine andere Form der Finanzierung suchen müssen, sodaß es dem Bund auch "erlaubt" ist, bei Maßnahmen mitzuzahlen, die beispielsweise nichts mit der Infrastruktur zu tun haben.

Was wurde in den letzten Jahren durchgeführt? Ich möchte das wirklich nur stichwortartig nennen, es wurde sehr viel durchgeführt, man könnte wirklich sehr lange darüber reden: 1993 wurde das Gesindehaus am Apetlonerhof renoviert und als Nationalparkverwaltung eingerichtet; 1995 wurde ein Graurinderstall im Seevogelände, auch auf dem Gemeindegebiet von Apetlon, mit 1.100 Quadratmetern errichtet; 1996 war dann die Eröffnung des Informationszentrums in Ilimitz, dafür wurden 36 Millionen Schilling aufgewendet; ab 1994 wurden Beobachtungsstände eingerichtet. Es wurden auch zwei Grenzwachtürme der ehemaligen ungarischen Armee adaptiert und aufgestellt. Ich persönlich war nicht so sehr dafür, das muß ich gleich dazusagen, weil mich diese Grenztürme immer an etwas ganz anderes erinnern. Als Aussichtswarte sind sie aber sehr gut. 1998, also heuer, wurde der Parkplatz und das Buffet "Lange Lacke" mit Strom und Wasser versorgt. Das war sogar ein Interreg-Programm, wofür auch EU-Mittel aufgewendet wurden.

Zum Flächenmanagement ist zu sagen, daß seit 1993 die Umsetzung eines Pflegekonzeptes durch Heumahd, Beweidung und Schilfschnitt durchgeführt wird. 1994 hat man sogenannte "Gänseäcker" im Ausmaß von 80 Hektar angelegt. Dadurch wird verhindert, daß außerhalb dieser Gänseäcker größere Wildschäden entstehen. An und für sich ist es eine Sache, die sich finanziell gar nicht so schlecht auswirkt, denn das Land mußte für die Wildschäden aufkommen. Dadurch, daß diese Gänseäcker angelegt wurden, ist jetzt außerhalb wesentlich weniger Wildschäden.

Ab 1994 hat es dann gezielte Rückstaumaßnahmen in alten Entwässerungsgräben für mehr Oberflächenwasser gegeben. Das war eine wichtige Maßnahme, weil bei uns sehr wenig Niederschläge sind, die seitens des Landes durchgeführt wurde. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zur Flächensicherung. Wir haben uns von Beginn an vorgenommen, Transparenz in der Nationalparkentwicklung durch laufende Kontakte mit Interessensgemeinschaften und örtlichen Kuratorien zu pflegen. Das war ganz wichtig. Man hat über gewisse Dinge gestritten, aber es wurde immer wieder gesagt, was jetzt National-

park und was nicht Nationalpark werden soll, über jede Parzelle soll verhandelt werden. Das wurde durchgeführt. Auf Grund dieser Transparenz ist es derzeit so, daß wir mehr Angebot an Flächen haben als wir auf Grund der finanziellen Situation verkraften können. Wir haben jetzt sehr viele Angebote von seiten der Landwirte, aber auch von anderer Seite her, sodaß wir nach und nach daran gehen, die Flächensicherung zu erweitern.

Zusätzlich, was vielleicht gar nicht so bekannt ist, gibt es neben den Nationalparkflächen auch noch Grünbrachen, wo durch einen Grünbrachenzuschlag des Nationalparks getrachtet wird, daß diese Flächen nicht umgeackert werden und somit Grünbrache bleiben. Den Grünbrachenzuschlag gibt es deswegen, weil der Beitrag für die Grünbrache sehr gering wäre und daher die Gefahr bestünde, daß man diese Äcker mitten im Nationalpark umackert. Vorgespräche zur Erweiterung der Naturzone gibt es bereits mit Esterhazy und mit dem Stift Heiligenkreuz.

Seit 1994 sind folgende Forschungsprojekte abgeschlossen worden: Fischfauna des Neusiedler Sees, Wildtierbehandlung im Nationalpark, Rohrweiden im Nationalpark, südrussische Tarantel im Seewinkel, Schilfsingvögel in der Naturzone. Derzeit laufen folgende Projekte: Grundwasserverbindungen der Seewinkellacken, Zukunft der Wildstandsregulierung im Nationalpark und Reiher des Neusiedler Sees. Ich weiß, das ist eher eine trockene Angelegenheit, die ich hier vorbringe, es ist aber wichtig, daß man sieht, was im Nationalpark geschieht. *(Abg. Ing. Poglitsch: Sehr interessant.)* Ich würde es als einen "Erfolgsbericht" bezeichnen, ich bringe das heute sehr gerne vor. Es ist eine Angelegenheit, über die wir uns einig sind. Das ist etwas Gutes. *(Beifall bei der ÖVP)*

Die Öffentlichkeitsarbeit funktioniert sehr gut. Der Nationalpark selbst hat hier eine Strategie: Er läßt sich für Öffentlichkeitsarbeiten der Tourismusorganisationen mitbenutzen. Nicht die Nationalparkgesellschaft selbst betreibt Tourismuswerbung. Der Universumfilm "Land des Sonnenaufganges" ist europaweit außergewöhnlich gut angekommen. Wenn solche Filme im Ausland gezeigt werden, trägt das sicherlich zu einer positiven Tourismusentwicklung bei. *(Beifall bei der ÖVP)*

Sehr viele Pressereferenten und VIPs besuchen den Nationalpark. Darüber wird in den Zeitungen berichtet - das kostet im großen und ganzen auch nichts -, das ist wieder eine Werbung für die ganze Region, besonders auch in bezug auf den Tourismus.

Ich möchte noch kurz erwähnen, was für das nächste Jahr vorgesehen ist. Es wird ein weiterer Ausbau einer dezentralen Gehegezone vorgenommen. Das bedeutet, daß im Nationalparkbereich verschiedene Tiergruppen angesiedelt werden, damit die Leute, die den Nationalpark besuchen - zum Beispiel die Bewahrungszonen -, von Hängebauchschweinen bis zu Pferden, Graurindern und so weiter alles beobachten können und somit einen guten Zugang zur Natur bekommen. Die Beweidung wird weiterhin fortgesetzt. Hiezu ist zu sagen, daß diese ganzen Hutweiden, die es im Nationalparkbereich gibt,

Loos

eigentlich deswegen "Hutweiden" heißen, weil dort Rinder weiden. Sollte dieses Weiden abgestellt werden, würde die Landschaft verunkrauten, es würden Sträucher und so weiter wachsen und diese typische Landschaft, die auch bei den Sissy-Filmen - das fällt mir gerade ein - besonders zur Geltung kam, würde dann mit Sicherheit nicht mehr vorhanden sein.

Ein besonderes Anliegen eines unserer Vorstandsmitglieder, nämlich des Direktors Pechlahner vom Tiergarten Schönbrunn, ist, daß auch die Haustierrassen weiterhin erhalten bleiben sollen, eine Direktvermarktung von Fleischprodukten soll ebenfalls vorgenommen werden. Ein Zusammenwirken von Tourismus, Landwirtschaft und Naturschutz ist gegeben.

Flächensicherung und -abrundung ist ein ganz wichtiges Thema. Ich habe bereits angeschnitten, daß bereits Gespräche stattfinden. Die Naturzone, das ist sozusagen der bestgeschützte Bereich, soll im Seerandbereich um zirka 1.800 Hektar erweitert werden. Wenn uns das gelingt, wäre das ein wichtiger Wurf. Es kommt nämlich bei der internationalen Anerkennung immer darauf an, wie sich das Verhältnis zwischen Naturzone und Bewahrungszone darstellt. Bei dieser Anerkennung wird immer darauf geachtet, ob nicht die Bewahrungszonen überhand nehmen und der bestgeschützte Bereich, die Naturzone, zurückgeht. Hier wollen wir einen Fortschritt erreichen.

Zur Forschung. Es wird, was dieses jährlich auftretende Vogelsterben, den Botulismus, betrifft, einen neuen Forschungsbereich geben.

Die Öffentlichkeitsarbeit wird selbstverständlich intensiviert werden. Es werden neue Exkursionsleiter ausgebildet und so weiter. Das war ein Ausblick, was das nächste Jahr betrifft. Ich möchte abschließend auf Dankesworte nicht vergessen. Es ist ja sowieso selten möglich, seinen Dank auszusprechen. Ich möchte dem Naturschutzreferenten, dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Jellasitz, und seinen Beamten im Naturschutzreferat sehr herzlich für ihre Tätigkeit danken. *(Beifall bei der ÖVP - Abg. Dr. Rauter: Da war der Sipötz Landeshauptmann, wie das gemacht wurde.)* Der Herr Landeshauptmann a.D. Sipötz wird ja anschließend reden. Er wird vielleicht darauf hinweisen, daß *(Abg. Dr. Rauter: Selber kann er sich nicht loben.)* er - ich habe schon darauf hingewiesen - bei der Nationalparkwerdung mitgewirkt hat. Das habe ich nicht vergessen. Er war auch einer, der sich manches anhören mußte, manchmal zu Recht natürlich. *(Zwiegespräche in den Bänken)*

Ich möchte mich sehr herzlich beim Vorstandsvorsitzenden, Landesrat Rittsteuer, und bei allen Vorstandsmitgliedern bedanken. Ich möchte mich auch in besonderer Weise bei den Interessengemeinschaften und den örtlichen Kuratorien bedanken. Bei den Sitzungen gibt es manchmal - auch jetzt noch - eine sehr starke Konfrontation, aber es gelingt uns immer wieder, einen gemeinsamen Nenner herauszuarbeiten. Herzlich bedanken möchte ich mich auch bei den Mitarbeitern im Bereich der Nationalparkgesellschaft. Abschließend darf ich sagen,

daß es eine außergewöhnlich gute Investition für die Zukunft unseres Landes betreffend Umweltschutz, Naturschutz, Tourismus und Landwirtschaft ist. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident: Als nächster ist der Herr Abgeordnete Sipötz zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Sipötz** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist nicht möglich, zu diesem Thema noch mehr ins Detail einzugehen als es mein Vorredner bereits gemacht hat.

Zur Entstehungsgeschichte des Nationalparks möchte ich nichts sagen, sonst würde es heißen, ich will mich selber loben, und das will ich natürlich auch nicht. *(Allgemeine Heiterkeit)* Es sei mir trotzdem gestattet, einige Bemerkungen zum vorliegenden 15a-Vertrag zwischen dem Bund und dem Land Burgenland zu machen.

Ich würde sagen, der Vertrag enthält nicht allzu viele Änderungen, aber die wenigen sind sehr wichtig, weil es vor allem um die Finanzierung geht. Das ist auch der Grund, warum der bisher geltende Vertrag neu gestaltet wurde. Sie alle wissen, daß die grundsätzliche Bereitschaft da ist, die Finanzierung des Nationalparks und alle weiteren Kosten zwischen Bund und Land gleichmäßig aufzuteilen.

Wenn man bedenkt, daß Kosten in der Höhe von 50 bis 60 Millionen Schilling im Jahr erwachsen und diese in Wirklichkeit zu hundert Prozent in die Region gehen - als Abgeltung für die Benützung der Grundstücke, für Löhne und Investitionen -, dann muß ich sagen, daß der Nationalpark einerseits nicht nur von der Natur her als äußerst notwendig und begrüßenswert ist, sondern natürlich auch ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor des Seewinkels geworden ist. Wenn Sie einmal ausrechnen, wie viele Hektar Weingärten bewirtschaftet werden müssen, um auf 50 Millionen Schilling Reingewinn für die Menschen dieser Region zu kommen, dann werden Sie sehen, welche Bedeutung letztendlich dieser Nationalpark, auch wirtschaftlich gesehen, für die Region und für die Menschen hat.

Es geht nun darum, daß die Aufteilung der Kosten im Verhältnis von 50 Prozent Bund zu 50 Prozent Land in Zukunft machbar sein soll. Auf der einen Seite stehen die Kosten für die Anpachtung der Grundstücke. Hier haben Bund und Land im Budget des Jahres 1999 - das bereits im Entwurf vorliegt - ungefähr je 16 Millionen Schilling vorgesehen. In der zweiten Hälfte des Budgets haben wir wiederum ein Viertel der Kosten für das Personal vorgesehen. Dafür hat das Land aufzukommen. Das vierte Viertel wurde bisher vom Bund in Form von Forschungsaufträgen beziehungsweise in Form von Investitionen, die im Rahmen des Nationalparks durchgeführt wurden, finanziert. In den letzten Jahren wurde damit das Gebäude des Nationalparks errichtet.

Nun hat sich aber die Frage gestellt, welche Bereiche in Zukunft durch den Bund finanziert werden könnten. In

Sipötz

diesem neuen Vertrag wurde nun festgelegt, daß der Bund in Zukunft Beeinträchtigungen, die durch Einschränkungen der Jagd und der Fischereirechte entstehen, finanziell abgilt. Ebenso wird er auch für allfällige Erweiterungen des Nationalparks Mittel zur Verfügung stellen.

Der Herr Abgeordnete hat bereits darauf hingewiesen, daß sowohl von der Domäne Esterhazy, als auch von der Gemeinde Podersdorf, zusätzliche Flächen angemietet wurden. Natürlich wollen die Verpächter dafür auch entsprechende Entschädigungen. Allerdings muß man feststellen, daß sich an der Bewirtschaftung dieser Flächen zum bisherigen Zustand nichts ändern wird, denn der Seerandbereich wurde ohnehin bis jetzt nicht bewirtschaftet. Aber frei nach dem Motto: "Wenn die anderen Geld bekommen, dann wollen wir natürlich auch welches."

In der Zwischenzeit ist ja der Wunsch da, weitere drei- bis sechstausend Hektar an Abrundungsfläche zusätzlich zu pachten. Dies entspricht auch dem Wunsch der Grundbesitzer. Denn jene, die vor zehn Jahren vehement gegen den Nationalpark aufgetreten sind und sich lange geweigert haben, ihre Grundstücke zu verpachten, bieten diese heute gerne an. Es gibt nämlich kaum eine andere Möglichkeit, einen solch hohen Ertrag aus diesen Grundstücken zu erwirtschaften. Das heißt, es werden weitere Abrundungsflächen dazukommen, wobei festgelegt ist, daß jede Erweiterung mit dem Bund abgesprochen werden muß.

Es besteht der Wunsch, daß jene Flächen einbezogen werden, die heute zwar noch nicht Nationalparkgebiet sind, die aber vom Nationalpark miteinbezogen und mitfinanziert werden, indem er den Differenzbetrag zwischen der Landwirtschaftsförderung und der Pacht, die der Nationalpark für solche Flächen bezahlt, zuschießt. In den Zitzmannsdorfer Wiesen zahlen wir pro Hektar 3.000 Schilling, diese Flächen sind praktisch noch nicht Nationalparkfläche, aber sie sind unter der Verwaltung des Nationalparks.

Meine Damen und Herren! Sie sehen, die Entwicklung ist sehr gut. Erfreulich ist, daß der Nationalpark nicht nur vom Image her für den Tourismus etwas gebracht hat, sondern daß man dort auch bemüht ist, Lenkungs-einrichtungen zu schaffen. Damit soll sichergestellt werden, daß sich die Besucher des Nationalparks nur dort aufhalten, wo man sie haben will, und zum zweiten, daß die Menschen auch tatsächlich einen Eindruck vom Nationalpark bekommen.

Es wurde auch schon auf die Frage der Gehegezonen hingewiesen. Wir haben am Anfang versucht, einen Tierpark einzubinden. Das ist nicht gelungen. Was jetzt gemacht wird, ist, daß man den Besuchern nicht "Natur pur" bietet, sondern in den Gehegezonen alte Haustierrassen zeigt, auch mit dem Hintergedanken, daß wir nicht nur eine Naturlandschaft, sondern eine alte Kulturlandschaft zu erhalten haben. Es ist daher legitim, diese Natur- oder Kulturlandschaft, wie sie früher bewirtschaftet wurde, in diesen Gehegezonen auch tatsächlich vorzustellen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß mit dieser Erweiterung und mit den Erweiterungen, die noch kommen werden, richtige Maßnahmen gesetzt wurden. Informationstage für junge Menschen, Führungen und viele andere Aktivitäten werden die natürliche Landschaft erhalten und den Tourismus dieser Region fördern. Mit einem Wort die Idee, die vor zehn Jahren geboren und in der Zwischenzeit umgesetzt wurde, entwickelt sich äußerst prächtig. *(Abg. Nick a: Die Idee ist schon älter, bitte. Die Idee ist schon älter als zehn Jahre.)*

Sie haben vollkommen recht, Herr Abgeordneter Nicka, aber vor zehn Jahren ist die Entscheidung gefallen: Ja-wohl, wir machen es! Und das ist das Entscheidende in der Politik. Stellen Sie sich vor, wenn alle Ideen, die vorgebracht wurden, tatsächlich umgesetzt würden, dann wäre das ja nicht zum Aushalten, es wäre nicht zu finanzieren. Die wesentlichen Ideen setzen sich durch und werden dann auch umgesetzt. Wer das erkennt und umsetzt, der hat es eigentlich dann gemacht. *(Beifall bei der SPÖ)*

Meine Damen und Herren! Dieser Vereinbarung kann man wirklich seine Zustimmung geben. Damit wird für die nächsten Jahre die Zusammenarbeit zwischen dem Bund und dem Land im Nationalpark festgelegt und organisiert. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung mehr vor, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort. *(Abg. Schmid: Ich verzichte!)* Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlußantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Vereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Burgenland zur Erhaltung und Weiterentwicklung des Nationalparks Neusiedler See-Seewinkel wird gemäß Artikel 83 Abs. 2 L-VG einstimmig zugestimmt.